

**Geheimhalt**  
 monatlich 40 Pf.  
 vierteljährlich 1,50 Mk.  
 halbjährlich 2,50 Mk.  
 jährlich 4,50 Mk.  
 Durch die Post bezogen  
 1,00 Mk. exkl. Verfr.geb.

**Die Neue Welt**  
 (Unterhaltungsbeilage)  
 durch die Post nicht bezogen  
 kostet monatlich 10 Pf.  
 vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047  
 Telegramm-Adresse:  
 Sozialblatt Halle/Saale

# Sozialblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schmeinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

**Insertionsgebühr**  
 beträgt für die gewöhnliche  
 Zeitungs- oder Anzeigen-  
 Rubrik pro Zeile und  
 für einmahlige Anzeigen  
 20 Pfennig.  
 Im erhaltenden Falle  
 halbet die Zeit 75 Pfennig.

**Interate**  
 für die kleine Nummer  
 müssen spätestens die ge-  
 wöhnliche Zeitungs- oder  
 Anzeigen- Rubrik an-  
 gegeben sein.

Eingetragen in die  
 Postzeitungsliste.

## Reaktionäre Maulwurfsarbeit überall.

Fast vier Jahrzehnte sind verfloßen, seitdem Deutschland jene gewaltige Wollschere gesehen hat, die unter dem Namen des Bauernkrieges in der Weltgeschichte verzeichnet ist. Die Zeitbewegung war damals über jene städtischen geistlichen und bürgerlichen Elemente, welche nur eine „Reformation“, d. h. eine Kodifizierung von Rom wollten, weit hinausgeschritten; die Bauern erhoben sich in Masse, und den Druck der Feudalitäten abzuschütteln, und mit ihnen verbunden sich die demokratischen Elemente der Städte, um sich von der Patriarchatsfessel zu befreien. Das deutsche Volk stand in Massen vor Gericht bis in die Steiermark und vom Oberrhein bis an die Nord- und Ostsee.

Die Bewegung schloßte an der allzu tief eingeschnittenen deutschen Herrschaft, welche den erst völlig lahm gefallenen reaktionären Elementen Zeit verschaffte, sich wieder zu sammeln. Sie hat aber Zeugnisse ihres Geistes hinterlassen, die uns zeigen, wie weit die Deutschen damals in ihren Anschauungen vorgeschritten waren. Die 1525 zu Selbstmord ausgeleitete Deutsche Reichsversammlung zeigt uns heute, wie spät das Frankfurter Parlament von 1848 bis 1849 kam, und die zwölf Artikel, das populäre Programm des bürgerlichen Aufstandes, sind in manchen Punkten heute noch lehrreich genug, um gelegentlich in Erinnerung gerufen zu werden.

Die beiden ersten dieser zwölf Artikel enthalten eine so einfache und radikale Lösung der ganzen damaligen kirchlichen Frage, daß sie aus Zweckmäßigkeit abstricht gegen die ungenügende Demotivation, die heute auf diesem Gebiete herrscht.

Im ersten Artikel heißt es:

„Zunächst ist unsere demütige Bitte und Begehrt, auch unter aller Hilfe und Meinung, daß wir nun höchsten Gewalt und Macht haben, und die Kirche, welche eine Gemeindegemeinschaft ist, einmahl selbst zu wählen und zu entsetzen, auch Gewalt haben, denselben wieder zu entsetzen, wenn er sich ungebührlich hielt. Der erwähnte Pfarrer soll uns das Geantworte lauter und klar predigen, ohne allen menschlichen Zusatz, Umschweife und Gebot.“

Und im zweiten Artikel heißt es über die Befolgung des erwähnten Geschliffens:

„Zum anderen, nachdem der rechte Gehent\*\*) aufgestellt ist im alten Testament und im neuen als erfüllt, wollen wir nichts bestimmender den rechten Korrespondenz gern geben, doch wie es sich gebührt. Gehören er einem Pfarrer, der klar das Wort Gottes verkündet, so sind wir Willens, es sollen hinfort diesen Gehent unsere Kirchenpredigten, welche dann eine Gemeindegemeinschaft einmahl und einmahl, das er einem Pfarrer, der von einer ganzen Gemeinde ernannt wird, ihnen allem gleichmäßig unterstalt geben, ihm und den Seinen, nach Erkenntnis einer ganzen

\*) Gehent oder Gehent ist die Abgabe des zehnten Teiles von landwirtschaftlichen Produkten; hier der zehnten Kirchenzehnt.

Gemeinde, und was überbleibt, soll man armen Dürftigen, so in demselben Dorf vorhanden sind, mitteilen, nach Gestalt der Sache und Erkenntnis einer Gemeinde. Was übrig bleibt, soll man behalten für den Fall, daß man von Landesnot wegen einen Kriegszug machen müßte; damit man keine Landessteuer auf den Namen legen dürfte, soll man es von diesem Ueberflus ausrichten.“

Diese Forderungen wurden, entsprechend dem damaligen Geiste der Zeit, aus der Bibel begründet.

Die Lösung der ganzen Frage ist die denkbar einfachste; der ganze hohe kirchliche Apparat fällt weg; die Trennung von Kirche und Staat ist vollständig und die Gemeinde allein hat sich mit den weltlichen Angelegenheiten ihrer Mitglieder zu befassen. Der Konfessionenlose Gemeindegemeinschaften der heutigen Sinne war in jener Zeit allerdings kaum denkbar.

Aber welche ein Unterschied gegenüber den Zuständen von heute! Und um ihm zu zeigen, haben wir diese alten Artikel der Bauernschaft hervorgerufen, weil gerade jetzt in Preußen die Orthodorie einen großen reaktionären Anlauf nimmt. Der evangelische Oberkirchenrat hat nämlich heute in Berlin tagenden den preussischen Generalsynode einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher das Recht der evangelischen Gemeinden, ihre Pfarrer selbstständig zu wählen, außerordentlich verfürat; da, wo die Gemeinde einen Zufus aus kirchlichen oder staatlichen Fonds bezog, soll die Kirchenbehörde abmehrselbst mit der Gemeinde den Pfarrer ernennen; wenn aber ein Pfarrer freiwillig sein Amt niederlegt oder durch Disziplinarverfahren dazu gezwungen wird, so soll die Gemeinde seinen Pfarrer mehr wählen dürfen, sondern derselbe wird vom Konfessionen ernannt. Der Zweck dieses Vorgehens ist natürlich, die liberalen Elemente aus der evangelischen Pfarrerschaft auszuschließen.

Was sich interessiert uns diese Dinge wenig. Aber es ist interessant, den Geist der deutschen Bauernschaft von 1525 dem Geist der preussischen protestantischen Orthodorie von 1907 gegenüberzustellen.

Um die Kämpfe zwischen „liberalen“ und „orthodoxen“ Elementen in der protestantischen Geistlichkeit haben wir uns wenig gekümmert, denn das wichtigste ist uns die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion zur Privat Sache, so daß die religiösen Vereinigungen im Staate und vor dem Geetze ganz dieselbe rechtliche Stellung einnehmen, wie alle anderen Vereine. Das ist uns weit wichtiger, als die in neuerer Zeit so vielfach wiederholten Versuche, die Religion mit den Naturwissenschaften in Einklang zu bringen. Wir mit unserer durchaus materialistischen Weltanschauung gehen in dieser Frage aufs Ganze. Ein „liberaler“ Geistlicher, der bemüht ist sich, so weit es sein Amt erlaubt, mit dem modernen Menschenum in Einklang zu bringen, mag dem bürgerlichen Liberalismus sympathisch erscheinen; man findet bei „modernen“ Geistlichen aber oft weniger Toleranz, als bei jenen, die sonst mittelalterlich angehaucht sind.

Von der preussischen Orthodorie ist aber gar keine Toleranz zu erwarten; sie wird nur Männer ihres Vertrauens zulassen. Die Ministerarbeit die in ihrem Antrage auf der Generalynode enthalten ist, geht aber weit über den kirchlichen Rahmen hinaus. Sie ist ein Teil der allgemeinen reaktionären Strömung, die sich in diesen Tagen breit macht, nachdem das agrarische Zentrum in Deutschland so viel Einfluß gewonnen hat. Es geht nach dem Geetze, das einst das Haupt der Kammer als Hofe Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, der General Synode von Gera, nach dem Staatsrecht von 1848 an die Regierung schickte: Man müsse die „auswärtigen Leute, die hoch vorgehen“, in die Kammer bringen; auch dürfe man keine Bedenten gegen sogenannte extreme Charaktere, Ultra-Konservativen, Vitiellen, Absolutisten haben.

Dies Gesetz wird auch heute befolgt und das Zentrum, das sich zu den Staatsgemtern drängt, entspricht den darin aufgestellten Wünschen vollkommen. Man steuert darauf los; die bormaligen Zustände, so viel es nur irgend angeht, wiederherzustellen. Dies beweist auch das Verhalten, die Defensivität des Gerichtsverfahrens, infolge der letzten ungewissen Prozesse wieder einzuführen.

Zu all diesen reaktionären Experimenten kann man eine ausgedehnte orthodore und pietistische Garde in den geistlichen Gemtern vortrefflich brauchen. Und das heißt dann Vorgehen des preussischen Oberkirchenrats, und das sonst wenig kümmerte würde, eine gewisse Bedeutung.

Aber mit Zaren kann man so wenig wie mit Mönchs-kutten den Sonnenaufgang verhindern.

## Tagessgeschichte.

Halle a. S., den 17. Dezember.

**Zeugnisoffener nach verhängtem Ermessen.**  
 Die Nr. d. d. U. I. g. 3. v. 1907 ist dem folgenden Scherben, das der Reichsanwalt am 8. Dezember d. J. an die Bundesregierung gerichtet hat:

Die Tatsache, daß im Strafverfahren von dem Befugnis, zur Ergänzung des Zeugnisses die Haft anzuordnen, mitunter in Fällen Gebrauch gemacht wird, in denen die Anwendung des Zwangsmittels nach der Lage des Einzelalles weder zur Behebung der Sache noch zu dem vorläufigen Ergebnis der Wahrregel in dem richtigen Verhältnis steht, hat schon häufig zu unbilligen Erwartungen Veranlassung gegeben. Daß die Gerichte in solchen Fällen die Grenzen der ihnen übertragenen Befugnisse formell einhalten, kann zur Rechtfertigung des Verfahrens nicht dienen. Denn die Gerichte sind durch die gesetzlichen Vorschriften nicht genötigt, das Zwangsmittel in jedem Falle zur Anwendung zu bringen; das Gesetz überläßt alles ihrem verständigen Ermessen. Es liegt daher ganz im Sinne des Gesetzes, wenn die Gerichte von ihrer Befugnis nur da Gebrauch machen, wo es nach den Umständen des einzelnen Falles unerlässlich erscheint.

## Der Octopus.

Eine Geschichte aus Kalifornien.  
 Von Frank Norris.

Mit einem Male machte Presley Halt; sein Auge war durch ein großes Schild gestellt worden, das über dem Eingange eines mächtigen Verwaltungsgebäudes angebracht war. Von einer plötzlichen Eingebung erfaßt, blieb er einen Augenblick mit starren, weitgedehnten Augen und geballten Fäusten auf dem Bürgersteige stehen.

In dem Gebäude hatte die Generaldirektion der Pazifischen und Südpazifischen Bahnen ihren Sitz. Es war, wenn schon von bedeutender Größe, durchaus nicht in die Augen fallend; Presley mußte während seiner verächtlichen Aufenthalt in der Stadt nicht oft daran vorübergegangen sein, ohne daß es seine Aufmerksamkeit erregt hätte.

Das also war die Wohnung des Feindes — von hier aus breitete sich das ungeheure und weitverzweigte, von dem Lebensblut des Staates rotende Netz aus; hier war der Knotenpunkt des Gesetzes, in dessen Maschen sich Schicksal, Glück und Leid, so vieler verflocht hatten. Von hier aus — so sagte er sich — war die planmäßige Erpressung, Vergewaltigung und Ungerechtigkeite ausgegangen, die alle Rechte den Randbessern raubten, bis die an die Wand gedrängt, sich dem erdummungslosen Gegner stellen, um im erbitterten Verweissungskampfe zu scheitern. Von hier aus waren an S. Bowman, an Cyrus Kugler und an Gensliger die Befehle erteilt worden, deren Durchführung Tote in den Kerker gebracht, Anruhr getötet, Magnus ruiniert und Loman zum Schutten gemacht hatte. Hier war der Hauptort der Fronen und hier hater einem der vielen Kerker, in einem der vielen Zellen der riesigen Maßfähr, sah Ehelgrim, ihr Herr und Meister. Im selben Augenblicke, in dem Presley sich diese Gedanken vergegenwärtigte, erblickte ihm eine unbewußte Reugier.

Warum sollte er nicht von Angesicht zu Angesicht den Mann sehen, dessen Macht so ungeheuer, dessen Willen so unbestechbar, dessen Vermögen, Unheil anzureichen, so grenzenlos war, den Mann, den alle so lange und so ausdrücklich befehligt hatten? Es war Presley bekannt, daß er zugänglich war; warum sollte er ihn also jetzt nicht aufsuchen? Presley raffte sich zu einem raschen Entschlusse auf. Handelte er, der Eingebung des Augenblicks folgend, nicht sofort, so würde er, das stand bei ihm fest, nie handeln. Will Kopfenhemd Herzen und gepreßt atmend betrat er das Gebäude und fand sich in einigen Augenblicken in ein Zimmer findend, mit feine Augen hingem wie hypnotisiert an der Wartungstische hier in das nächste Zimmer sich enden Tür, die in goldenen Buchstaben die Aufschrift „Präsident“ trug.

Presley wunderte sich daß Ehelgrim noch in seinem Bureau war. Es war bereits spät — schon lang war sechs —, und die andern Bureau in dem Gebäude waren eben geschlossen. Wie er waren bereits leer. Durch die offene Tür des Vorzimmers konnte Presley die Schreiber, Laufburschen, Buchhalter und andere Angestellte, deren Tagewort darüber war, nach den Treppen und Aufzügen eben schon Ehelgrim allein, der keine Ermüdung zu kennen und keine Ruhe zu brauchen schien, blieb noch an seinem Schreibtische sitzen.

„Um welche Zeit geht Herr Ehelgrim gewöhnlich nach Hause?“ sagte Presley den jungen Mann, der im Vorzimmer an e'm Tische saß und liierte.

„So zwischen halb sechs und sieben“, antwortete der. „Sehr oft kommt er abends wieder.“

Und der Mann war richtig Jahre alt. Presley konnte einen Auszug des Staumens nicht unterdrücken. Der Präsident, der P. und S. B. war also nicht nur geistig ein Riese, Sondern auch ein Mann, der nach immer hielt er auf seinem Posten als mit einer unerschütterlichen auf die Ziel gerichte ein Willenskraft und einer Arbeitsfleiß, die viele in voller Jugendkraft gleich ihm den Verstand gebracht und gesund, eitellich zugleich gelehrt haben würde.

Aber schon die Presley trockte die Beine zusammen.

„Es ist die Lebensart eines Berufsmannes“, sagte er sich. „Der

menschensressende Leben ist auch stark. Der Mann, der einem ganzen Volke das Lebensblut ausgehoben hat, sollte wohl Kraft besitzen.“

Eine kleine elektrische Wandglocke klangte scharf. Der junge Mann, der Ehelgrim leitete, legte die Feder aus der Hand und steckte die Tür öffnend, seinen Kopf in das Zimmer des Präsidenten; nach einem mit dem für Presley unsichtbaren Zimmerinhaber getauschten Worte machte er die Tür weit auf und sagte:

„Herr Ehelgrim läßt bitten.“

Presley trat in einen großen, hellen, aber auffallen hohen Raum. Ein abgetretener Teppich bedeckte den Fußboden, zwei Stahlstühle hingen an der Wand und ein paar Stühle standen an dem schmalen großen Tische, auf dem eine Menge Papier unordentlich unterlagern. Dazu kam noch ein Schreibtisch in der Ecke mit einem großen Krug voll Eisenkaffee, auf dem ein reines freigeschärftes Randstück lag. Das war die ganze Ausstattung des Zimmers. Ein Mann, vermutlich der Gehilfe eines Abteilungsleiters, stand sich auf eine Stuhllehne sitzend, an der einen Sammelkaffe des Tisches. Ehelgrim selbst saß in seinem großen Drehstuhl.

Er war ein großer, schmäcker, fast plump zu nennender Mann. Der eisgraue Schürzer, und Wallbart bedeckte den Mund und den unteren Teil des Gesichtes vollständig. Seine Augen waren hellblau und etwas trübsinnig; das bleiche Gesicht zeigte hier und dort kleine Leberflecken. Was aber Presley sofort auffiel, das war die ungewohnte Breite seiner Schultern. Er hatte noch nie einen freifaulerigeren Mann gesehen. Ein kurzer Schalk steckte in diesen mächtigen, fast zu einem Rüssel gerundeten Schultern, die dazu geschaffen schienen, die schwerste Reantwortlichkeit und eine jeden andern niederdrückende Last von sich aufzubürden zu lassen.

Er trug ein schleierförmiges feidenes Kapfen und einen langarmigen doppelreihigen Rod von schwarzem Tuch mit dazugehöriger Weste, an deren unteren Knöpfen der Stoffüberzug angebracht war, so daß man das Metall darunter sehen konnte; die oberen waren offen, und in dem Hemdboden waren zwei Beulen eingeknüpft.

Presley, der unbedacht blieb, legte sich, ohne dazu aufzubereit zu sein. Der Beamte erstickte eben einen Verdacht. Er sprach, ohne seine Stimme zu dämpfen, so daß Presley jedes Wort verstehen konnte. Der Beamte stellte seine Stimmröhren frei. Er betrat einen Buchhalter in dem Bureau des die Ausgaben prüfenden Rechnungsbeamten. Der Mann schien durchs-

Wenn dies geschehe, würden Mitglieder vermissen werden bis sie zum Vorkommen. Es herrscht wohl Einverständnis darüber, daß in der neuen Strafprozessordnung eine wirksame gesetzliche Abhilfe zu schaffen sein wird; es habe deshalb in dem Entwurf eines neuen Strafprozessgesetzes, welcher dem Bundesrat demnächst zugehen wird, dahin gerichtete Bestimmungen aufnehmen lassen. Aber auch abgesehen von diesen gelegentlichen Einwürfen sollte, wie ich meine, in jeder Weise dahin abgesehen werden, daß niemals ohne gebührenden Anlaß von dem durch das Gesetz zur Verfügung gestellten Zwangsmitteln Gebrauch gemacht werden. Wenn die Staatsanwaltschaften darauf hingewiesen würden, ihrerseits bei der Stellung von Anträgen auf Anordnung der Zwangsbefugnis Zurückhaltung zu üben, aber auch den Gerichten gegenüber die Bedenken, welche gegen die Anwendung der Maßregel nach Lage des Einzelfalles sprechen, regelmäßig geltend zu machen, so möchte ich eine größere Vorsicht bei der Anwendung des Gesetzes wohl erreichen lassen, ohne daß der Unbegreiflichkeit der Gerichte zu nahe getreten wird. Ich wäre dankbar, wenn diese Anregung bei den einzelnen hohen Regierungen eine entgegenkommende Würdigung finden und, wo dies angezeigt erscheint, zu entsprechenden Anweisungen an die zuständigen Instanzen führen sollte.

Dieses private Schreiben ist wohl eine der Weihnachtsüberreichungen, die Herr Bilow für seinen treuen Liberalismus vorbereitet hat. Ein hohes Mißgeschick und Schamgold laubt beifolgt. Die Zeugniszwangsbefugnis der Reichsjustiz durch die kommende neue Strafprozessordnung nicht etwa beseitigt, sondern reformiert werden, und für diese Reform soll, was vorläufig sorgfältig verhandelt wird, ein kausaler reaktionärer „Zugewinn“ eingekauft werden, wie z. B. die Verjüngung der Schweregerichte.

Die Verjährung solcher Privatbriefe des Reichsjustizlers ist ein ganz ungewöhnlicher auf Stimmungsmaße berechneter Vorgang. „Eine Umarmung des Königs Demos“ würde Herr Bilow sagen, eine sehr durchsichtige und plumpe, fügen wir hinzu. Warum vertritt die Nordd. Allg. Zeitung gerade diesen einen Privatbrief, und nicht die zahlreichen von Berlin ausgehenden amtlichen Schreiben, in denen die Bundesregierungen am reaktionären Sinne beunruhigt werden?

Was schließlich den Effekt des neuen Willkürbuchs betrifft, so hat die Nordd. Allg. Zeitung erst unlängst ausgeführt, die Bedeutung der Zeugniszwangsbefugnis werde vielfach überschätzt, denn meist treffe sie ja doch bloß sozialdemokratische Reichsjustiz. Der gebietende Anlaß dieser „nach verlässlichen Ermittlungen“ eingehenden, die Staatsanwälte und Gerichte wohl auch häufig vorhanden sein.

### Bilow als Zentrumsgagitar.

Der Reichsjustizler Herr Bilow hat vor kurzem dem katholischen Arbeiter in Holzhäusern (Baurisch) Schreiben auf die Lieberlichkeit von ihm verfaßten Buches „Mitteln und Wege des christlichen Arbeiters“, ein Schreiben zugehen lassen, worin es heißt:

„Ich schätze die treue Mitarbeit der katholischen Kreise Deutschlands an dem großen Werk der sozialen Verbesserung besonders hoch und wünsche, daß auch Ihrem Verleugern und Gebetsbuch ein voller Erfolg beschieden sein möge, zum besten unseres deutschen Arbeiterlandes.“

Die Frankf. Ztg. gibt nun einige Stellen aus dem vom Reichsjustizler belobten Buchlein zum besten. Dabei stellt sich heraus, daß es sich um eine nachdrückliche Zentrumsgagitar handelt. Ueber die Reformation heißt es z. B.:

„... Luther, Calvin und die vielen anderen, die durch ihren Willen von der Kirche unglücklich abgelöst wurden, wären es eher geworden, wenn sie sich nicht von der Einheit und des Hohen hätten befreit lassen. Eitelkeit und Ehrfurcht war es, das hat mit neuen Lehren auftraten...“

Der Sachverhalt, der ja auch ein Empfehlungsschreiben des Reichsjustizlers für seine Willkürbroschüre veröffentlichten konnte, hat da einen ganz gefährlichen Konkurrenz bekommen!

### Der Streit zwischen Bayern und Preußen.

Im bayerisch-preussischen Streit ist die Entscheidung noch immer nicht gefallen. Noch immer nämlich weiß der Flottenvereinspräsident nicht, ob er mit dem bayerischen Prinzen oder mit dem preussischen General gehen soll, und selbst der Verl. Volksanzeiger, an dem man sonst genau sehen kann, welcher Wind oben weht, und der darum für gewisse Teile der Nation ein allzeit zuverlässiger Führer ist, schwankt ungewissig hin und her. Zunächst findet er allerdings das Verhalten des General kein unverständlich, da dieser doch auf das bestmögliche vom Austritt des Prinzen Puppel für den Fall seiner Wahl in Betracht gezogen hat. Dann aber verständlich ist eine Abkehrung des General, in der von den „Anträgen einer Nebenregierung“ die Rede ist und verifiziert wird, Prinz Heinrich sei in alle Vorgänge genau eingeweiht und hätte das Vorgehen des Prinzen. Der Verein sei ein privater Verein und lasse sich in seine Angelegenheiten von niemand hineinreden. General kein beabsichtigte nicht im Entfernsten sein Amt niederzulegen.

In scharfem Gegensatz zu dieser Tonart steht aber wieder die Versicherung des Scherblattes, die Haltung der Bayern sei

aus zweifelhafte, fleißig und strebsam zu sein. Zeitweise aber — und auch nur in langen Zwischenräumen — erlaube ihm der Kaiser, er war dann drei Tage lang im Exil. Während dieses Zeitraumes vor seinen Thron, das Schmeicheln hielt er in der Vorhalle des Kaiserpalastes, und gab sich alle Mühe, sein Kaiser abzulügen; in niedrigerem Zustande war er eine ständige Arbeitkraft. Das hatte man beabsichtigt und ihm immer und immer wieder verziehen.

„Sie werden sich erinnern, Herr Schlegel“, sagte der Beamte, daß Sie einmal für ihn verwendet haben, wenn wir keine Entlassung antragen. Ich glaube nicht, daß wir ihn länger behalten können. Jedermal vertritt er sich zu besten, aber es ist immer wieder die alte Geschichte. Dies Mal hat er sich vier Tage lang nicht sehen lassen. Ich glaube wirklich, Herr Schlegel, wir sollten Sie nicht mehr behalten. Wir können uns von Ihnen nicht leisten, ihn zu behalten. Wir verlieren zu viel Geld durch ihn. Hier ist Ihre Entlassung fertig zur Unterfertigung, falls Sie es wünschen.“

Eine Pause trat ein. Niemand warkte Bresten auf die Entscheidung. Der Beamte legte das mit der Wache betrieblene an, in der Vorhalle drinnen wurde die schmeichlerische Tür des Prinzen stierend aufgeschoben. Schlegel würde das Schriftstück seines Vorgesetzten. Er schlang seinen Drehtuhl nach den Fenstern hinter sich herum und blickte starr ins Freie. Endlich redete er:

„Entsetzt hat Familie, eine Frau und drei Kinder... Wieviel haben wir ihm?“

„Einhundertunddreißig.“

„Verdoppeln wir das, oder lassen wir zweihundertundfünfzig. Wir wollen leben, wie das ist.“

„Genug — natürlich — wenn Sie meinen, aber wirklich, Herr Schlegel, verstanden wollen wir's jedenfalls.“

(Fortsetzung folgt.)

„Jorrell und unanfechtbar“ und die Einbürgerung, man dürfe doch nicht von unanfechtbar Großheit reden, da kein Jorrell und Stresemann Gasse sei. Nun ist aber keine, obgleich Jorrell von Geburt, preussischer General, der junge Hoffnungsvolle Herr Stresemann, obgleich naturalisierter Sachse, ein Berliner Kind. Schämt sich Preußen aus solcher Götze?

Die einseitige Entscheidung wird in einer außerordentlichen Hauptversammlung fallen, die in Anfang des nächsten Jahres abgehalten werden soll. Hier würde natürlich die bayerische Seite über den preussischen General spielen können, wenn nicht noch feinere höchste Persönlichkeiten als die Münchener dem bebrängten Landmann zu Hilfe eilen sollte. So ist es, wenn die Spieler untereinander Spiel führen, da handelt es sich nicht darum, wer die richtige Meinung, sondern wer die noblere Protection hat. Nur ein paar einzelne da oben kommt alles an!

### Die Haltung des Tierhalters.

Belanntlich war der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches sofort mit dessen Inkrafttreten den Tieren ein Dorn im Auge. Nach mehrfachen Anläufen im Reichstage ist es nun gelungen, daß der Bundesrat dieser Tage dem Reichstage einen Entwurf über die Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches hat zugehen lassen. Dieser Paragraf lautet jetzt wie folgt:

„Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“

Dem Reichstage wird nun folgender zweite Satz zu diesem Paragrafen zur Annahme vorgelegt:

„Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Beruf, der Gewerbsfähigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist und entweder der Tierhalter bei der Veranlassung des Tieres die im Verletere erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.“

Demnach handelt man nun in den unterschiedenen Kreisen die angelegte Verleserung. Die hat z. B. die Landwirtschaftskammer zu Münster berichtet, daß von etwa 52 000 landwirtschaftlichen Betrieben der Provinz Westfalen nur etwa 11 000 versichert waren aus anderen Provinzen ist berichtet worden, daß zwar die Großgrundbesitzer zu etwa 90 Prozent, die Klein- und Mittelbesitzer dagegen nur zu 20 bis 50 Prozent versichert haben. Auch die Berichte der Handelskammern sollen erkennen lassen, daß im allgemeinen kleinere Gewerbetreibende nur in geringerer Zahl Versicherungen nehmen. Von den Lohnführer-Unternehmungen nur berichtet, daß im Bezirke der Handelskammer zu Potsdam nur etwa 30 Prozent, im Bezirke der Handelskammer für den Regierungsbereich Vohsen nur eine geringe Zahl sich durch Versicherung gegen Haftpflicht gesichert hat. Auch der Verband deutscher Fabrikanten in Frankfurt hat mitgeteilt, daß kaum der dritte Teil seiner 42 000 Mitglieder versichert sei. Einwendungen, daß die Versicherungsverhältnisse die kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden erheblich belasten, sind durchaus nicht maßgebend für eine Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Das Vorfängesetz und die Agrarier. Nach der Deutschen Tageszeitung werden, die verbundenen Regierungen zu dem tun, damit als unbedingt sicher zu rechnen, daß der Entwurf des Vorfängesetzes ohne erhebliche Änderungen seine Mehrheit im Reichstage finden wird.“

Ohne Vorfängesetz kein Noth. Aber die Agrarier scheinen der Ansicht zu sein, mit dem Zentrum siehe es sich auch ganz gut leben!

Der Mollte-Garben-Prozess wurde wegen der Erkrankung Garbens auf Donnerstag 9½ Uhr vertagt. Am Schlusse der geizigen Verhandlung gab Graf Mollte folgende Erklärung ab: Es ist mir in diesen Tagen eine Vorwürde des Dr. Werzbach zugegangen. Ich stehe in keiner Weise in irgendwelcher Gemeinschaft mit dieser Vorwürde, die ich als mir höchst peinlich empfinde. Auch der Staatsanwalt erwähnt, daß auch ihm diese Vorwürde zugegangen wäre, und daß er nur Nichts davon genommen hätte. Im Uebrigen sei die Vorwürde belanglos, daß Dr. Werzbach nicht als Sachverständiger geladen worden sei.

Durch die Berliner Mütter gehen übrigens Meinungen von Vergleichsverhandlungen zwischen Mollte und Garben, die sich hinter den Kulissen abgepielt haben sollen. Die handelsfreundliche Presse hat den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob die Verhandlungen von dem Grafen Mollte ausgegangen wären. Demgegenüber stellt die Nation a. a. O. ausdrücklich fest, daß Graf Mollte und seine Verteidiger keine Schritte getan haben, um einen Vergleich herbeizuführen, im Gegenteil, sie haben alle an sie herangetretenen Vorschläge als unannehmbar abgelehnt. Dagegen sind allerdings sowohl von Seiten des Herrn Garben wie seiner Freunde wiederholt Versuche in dieser Richtung gemacht worden. Die vorhandenen Briefe lassen darüber gar keinen Zweifel aufkommen. Die Scherl-Prese behauptet, zwischen Mollte und Garben sei bis tief in die Nacht zum letzten Sonntag hinein verhandelt worden, um einen Ausgleich zustande zu bringen, und die Bemerkungen waren schließlich in einem Verlangen überwiegender formaler Natur gescheitert, an dem der Nebenkläger festhielt. Die Schwierigkeiten dieses Punktes dürften indessen kaum unüberwindlich sein. — Die Strafkraft Garbens scheint also unmittelbar nach dem Scheitern der Vergleichsverhandlungen eine gefährlichere Wendung genommen zu haben.

Dabei sei daran erinnert, daß Garben in der ersten Verhandlung pathetisch erklärte: „Auf dieser Erde gibt es keinen Vergleich zwischen Mollte und mir!“

Abgelehnt. Offiziell wird gemeldet: Mit der Führung des 7. Armeekorps ist an Stelle des Generals der Kavallerie, Freiherrn von Biffing, der bisherige Kommandeur der 7. Division in Magdeburg, Generalleutnant von Bernhardt, beauftragt worden.

Es sei daran erinnert, daß Herr v. Biffing unlängst in einem Tagesbefehl mitteilte, er werde am 1. Januar 1908 sein Abschiedsgeld einreichen, weil Wilhelm II. ihn für zu alt für seinen Posten hielt. Wenn jetzt schon ein Kommandowechsel stattgefunden hat, so ist der General also gegen seinen Willen bereits früher verabschiedet worden und er hat nicht nötig gehabt, erst ein Abschiedsgeld einzureichen. Strafe muß sein, das gilt selbst für einen kommandierenden General.

Staatsminister der Kaiserposten. Durch die bürgerliche Presse ist zuzeit die Mitteilung, daß Genosse Wibel seit einigen Monaten an seinen Meinungen arbeite. Die Straßburger der haarscharfsten Zeitungen versehen die Weltung mit mehr oder weniger geistreichen Glossen, die aber alle das gemein haben, daß sie von einer sträflichen Unkenntnis der sozialdemokratischen Bewegung und der Rolle die Gen Wibel in ihr einnimmt, sprechen. Der Vogel schießt aber der die Deutlichkeit ab dieser Vorläufer für Jugend Sitte und Pro-müder. Der edle Anwesenheitswärter schreibt in der Deutschen

Zeitung als Unberührt die Werbung von dem Meinungswechsel: Aus dem Leben eines Saugens. Nichts das soll geistlich sein. Herr Certeil will zeigen, daß es auch einmal etwas von Eichenobst gibt. Sollte Herr Certeil einmal auf den Gedanken kommen, seinen arbeitsreichen Rumoren Meinungen zu zerlegen, so empfehlen wir ihm die Lieberigkeit: Aus dem Leben eines Miß- und Schmeichlers.

Nicht unrichtig soll bleiben, daß viele der Saltsche Zeitung, das Organ des Anstands und frommer Jugend und Sitte, den Detektivischen Blick mit schmerzhaftem Schicksal abruddelt.

Sozialdemokraten mögen verhungern. Ein Malermeister in dem oberfränkischen Orte Schönmühl empfiehlt den Anrainern und Bauern, den Sozialdemokraten keine — Karolinen mehr zu verkaufen, denn dann müßten sie verhungern, und aus wem es dann mit der Sozialdemokratie.

Warum sagt der Reichsverband dieses Genie beim Anstreichen von Zentralfäden verkommen? Davor mit ihm, der Mann hat Ideale im Leib!

„Stummus Werk.“ Der Saarbrücker Handelsministerpräsident Dr. W. Zille hat die Reden des verstorbenen Parlamentarier und Großindustriellen Freiherrn v. Stumm gesammelt und bedauerlich gemacht. Erweitert ist der erste Band des großen Werkes herausgegeben, das 13 — in Buchstaben aus — Bände (Preis: nur 7 Mark) umfassen soll. Der Berliner Verlag von Otto Elsner wird sicherlich auf eigene Gefahr diesen Wut auf den Büchermarkt gewagt haben; denn für den Buchhandel ist das Werk so weit wertlos. Wer wird sich hineinlesen und zwölf Bände Stummischer Reden nachlesen, die nicht lediglich deshalb beachtet wurden, weil König Stumm, der Repräsentant der mächtigen Großindustriellen-Sippe, sie hielt!

Schulmannsaussagen. In Dortmund kam der Student Brinmann nachts von einer Geburtstagsfeier über den Körnerplatz und sah, wie ein Mann von zwei Schulleuten angehalten wurde und zur Wache geführt werden sollte. Brinmann, der die Preisnahme des Arbeiters für ungerechtigt hielt, mischte sich hinein und wurde deswegen ebenfalls abgeführt. Auf dem Wege zur Wache will der Student von dem Schulmann Willhalm beleidigt und auf der Polizeistation blutig misshandelt worden sein. Dereswegen hat sich der genannte Student an den Vorherrn in der Stummkammer zu verantworten. Er bestritt, von einer Anzahl Kollegen unterstützt, sowohl die Verteidigung wie die Mißhandlung, wobei sich herausstellte, daß die Aussagen der Schulleute mit denen einer ganzen Reihe von einwandfreien Zeugen in schroffem Widerspruch standen.

Weiter wurde festgestellt, daß die Verhaftung des Arbeiters nur deshalb erfolgt war, weil dieser in der warmen Sommer-nacht seinen Rock ausgezogen hatte und mit Hemdärmeln über die Straße ging. Auf die Bemerkung des Vorstehenden, dieses sei doch kein Grund einen Mann zu verhaften, da wieder ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, noch sonst eine strafbare Handlung vorgelegen habe, erklärte der Schulmann Zacharias: „Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß der Mann sich doch fälschlich für den Preis genantet, deshalb auf der Polizeistation mitgeführt, die drei Schulleute, die zu Gunsten des Angeklagten ausliefen, nicht zu verzeihen, da sie der Begünstigung bringend verächtlich seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von vier Monaten 4 Tagen. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und eine Wode. In dem Urteil hieß es, daß die Schulleute keinen Glauben verdienen, der Gerichtshof habe die Überzeugung gewonnen, ihre Aussagen seien getragen von der Absicht, den Angeklagten der Strafe zu entziehen. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, sind einige der Schulleute bereits in einer Sache vor dem Schöffengericht wegen Unlauterkeit nicht bereidigt worden.“

Faule Eier und finkender Sauerfrucht. Im Juli d. J. veröffentlichte unser Kölner Parteiblatt, die Rheinische Zeitung, einen Artikel, in welchem Klage geführt wurde über die Unannehmlichkeit der Landwehre des Inf.-Reg. Nr. 65 und ihre gänzlich unzureichende Verpflegung. Das Essen wurde von da ab bei den 65ern besser, aber der verarmte Soldat, Genosse Hilde, kam am letzten Freitag wegen Verabfolgung eines Hauptleutes vor Gericht. Eine Reihe gewesener Landwehrlente bezeugten die Angaben des Angeklagten. Die Eier waren faul, die Truppen sahen aus wie alter Fleischer, die Linsen wie der Inhalt einer Kloake, das Sauerfrucht noch nach dem Abstritt. Selbst ein Major sagte aus: „Die Eier kosteten 8 Pf.; frisch konnten sie nicht sein!“

Nach Vernehmung der Weisenaufnahme ergriff der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Spelmann das Wort, um längere Ausführungen über die unzulässige Tendenz des Angeklagten zu machen. Dann fuhr er fort:

„Bei solcher Tendenz sei es die ernste Pflicht des Strafrichters, streng vorzugehen. Das Vorgehen des Angeklagten sei ein Mittel an den Grundfesten des Staates, und dieser Wille des Angeklagten sei zu bestrafen. Er beantragte drei Monate Gefängnis.“

Somit kam es nun allerdings nicht; aber der Angeklagte wurde schließlich wegen faulen Bierumrums und fälschlich verpackter Sauerfruchtverfälschung zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt. Denn faule Eier und verpacktes Sauerfrucht sind nach dem Staatsanwalte die Grundfesten, auf denen der preussische Staat ruht.

§ 175 in der Kaserne. Eine merkwürdige Sache beschäftigte dieser Tage das Kreisgericht der 18. Division in Altona. Der Unteroffizier J. vom 15. Infanterie-Regiment (Wandbe), der sich bis zum Jahre 1911 zum Armeedienst verpflichtet hatte, ist auf die Tierarzneischule in Magdeburg entsandt worden, wurde aber in die Front zurückgeführt, weil er nicht veridig gemacht wurde, gegen den § 175 verstoßen zu haben. Er wurde trotzdem für würdig erachtet, in der Front (1) weiterzudienen. Diese Zurückverweisung paßte J. nicht, der eines Tages aus der Kaserne erscheinend, um mit einem homosexuellen Fagenerbeiter „freundlichen“ Verkehr zu pflegen. Der Weibler ließ dem flüchtigen Unteroffizier auf einer Reise nach Berlin Geld, und als er dies zurück haben wollte, gerieten beide auf offene Straße in einen Wortwechsel mit nachfolgender Beileger. Beide gerieten in Conf. Das Kriegsgericht beurteilte den Angeklagten wegen Fahrenflucht zu sechs Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Soldatenklasse.

### Ausland.

Österreich. Zu künftigen Zeiten ist es am Nothtag wieder einmal im Abgeordnetenhaus gekommen. Die Ständemänner waren diesmal die ruffischen Abgeordneten, die wegen der Vorgänge an der Lemberger Universität, wo polnische und ruffische Studenten aneinander getreten waren, ein Dringlichkeitsgesetz eingebracht hatten. Es gab wieder das bekannte Pfeif- und Puffelkonzert, bis es schließlich zu Tätlichkeiten kam. Die Sitzung mußte eine Zeitlang unterbrochen werden.

Gegen das preussische Polen-Entschuldigungs-gesetz. Eine in Tarano (Gastien) abgehaltene Vertauensmänner-Versammlung der polnischen Volkspartei

Belohnung, gegen die von der preussischen Regierung geplanten Maßnahmen gegen die Polen energisch Protest zu erheben, die politischen Arbeiter aufzufordern, deutsche Gegenstände in Zukunft zu meiden und gegen Breiten alle nur möglichen wirtschaftlichen Repressivmaßnahmen in Anwendung zu bringen. Aufgehoben werden die politischen Abgeordneten aufgeführt, im Parlament gegen den Freidruck vorzugehen.

**Ungarn.** Der Staat als Vermittler von Lohn- und Lohn- und zwar das Arbeiterministerium — Vermittlungsstellen für die aus Amerika heimkehrenden Ungarn eingerichtet. Die Voraussetzungen sind, namentlich die Beschränkung der Arbeitskräfte auf die niedrigsten Löhne zuzuführen. So werden z. B. für die Donau-Schiffahrtsgesellschaft 288 Arbeiter gesucht für Löhne zwischen 3 Kronen und 1,10 Kronen. Dabei soll der betreffende Arbeiter des Antrags selbst auf diesen Lohn versichert gehen, wenn seine Leistungen als unzulänglich betrachtet werden. Zu einem Anlaufbau werden 300 Arbeiter gesucht in der Wehrzahl zum Tagelohn von 1 Krone (1 Krone ist 80 Pf.). Schneidergesellen auf Bodenlöchern von 6, 8 und 10 Kr. gesucht. Und dies alles wird durch die staatlichen Arbeitsnachwehstellen vermittelt.

Es fragt sich aber, ob die Internehermer an den aus Amerika heimkehrenden auf die Dauer ihre ungenügende Freude erleben werden. Diese Unglücklichen, die ehemals Rot und Glend lidenes Meer getrieben und die jetzt aus denselben Gründen ihr neues Vaterland wieder verlassen, haben in der neuen Welt den Hauch der Freiheit vermisst und zum großen Teil — so schließt es ihnen auch gegangen sein mag — auf einem etwas höheren Lebensniveau gestanden.

**Frankreich.** Korruption der Presse. Die Humanität führt seit einigen Tagen einen energischen Kampf gegen die *Matin*. Ein Pariser Arbeiterblatt großen Stils, zugleich und noch mehr gegen die Regierung, welche die Expropriation seines Blattes bildet. Die Redaktion des Blattes antichambrieren bei den Ministern, fordern Interviews, veröffentlichten in ihrem Blatte wichtige Dokumente usw. Die Humanität teilt mit, daß der *Matin* der Regierung noch die Summe von rund 600 Frank schuldig, die diese nicht einzutreiben wage. Diese Schuld rührt von einer Mission her, die ein Agent des *Matin* im Jahre 1900 nach dem Innern Afrikas unternahm. Das genannte Blatt hatte sich dazu angeboten, eine Expedition auf seine Kosten auszurüsten, die an Ort und Stelle die Möglichkeit einer transsaharischen Eisenbahn untersuchen sollte. Die Herausgeber waren dann aber so großmütig, die obige Summe als Voranschlag von der Regierung entgegenzunehmen. Die Summe ist heute noch nicht zurückgezahlt.

Die Humanität stellt übrigens fest, daß der damalige Direktor des *Matin* an einer Gesellschaft beteiligt war, die ein General-Schmelzgruben ausbauen und Bahnen bauen wollte. In dem Blatte wurde die Sache natürlich unter der für die schuldigsten Geldgeschäfte wiederbelebten Schutzmärke „Patriotismus“ beschrieben. Es war zur Zeit des Konfliktes mit England und der *Matin* trat für die Erlangung einer französischen Eisenbahn nach Algerien quer durch die Sahara nach französisch Westafrika ein.

Der Oberste Rechnungshof hat schon wiederholt auf die Rückzahlung der Summe gedrungen, aber vergebens. Es ist, wie die Humanität mitzuteilen weiß, sogar versucht worden, den Hofen an anderer Stelle des Kolonialrats mit unterzubringen. Auch den jetzigen Kolonialminister Herrn Willibald-Racoz hat der *Matin* bisher in der heftigsten Weise angegriffen. Nachdem der Herausgeber kürzlich zum Minister empfangen wurde, haben die Angriffe gegen denselben aufgehört. Die Humanität stellt weitere Enthüllungen in Aussicht.

**Schweden.** Zwei sozialdemokratische Reichstagswahlbezirke. Am Freitag fand in Stockholm und in Göteborg je eine Ergänzungswahl zur zweiten Kammer des Reichstages statt und beide endeten mit einem Siege des sozialdemokratischen Kandidaten. In Stockholm 5. Wahlkreis, bisher vertreten durch den linksliberalen David Bergström, dem dem Ministerium Staats angehörte, jetzt aber Generalkonful in Bellingrode gemorden ist, wurde Genosse Stunt Tengbom mit 3042 Stimmen gegen den antisozialistischen Wismanskanbident Eder gewählt.

In Göteborg wurde an Stelle des verstorbenen liberalen Reichstagsabgeordneten Segerdahl Genosse Lindblad, Redakteur der *Ny Tid*, gewählt und zwar mit 3986 Stimmen, gegen 3517, die der konservative und 2471 Stimmen, die der liberale Gegenkandidat erhielt. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in der zweiten Kammer wird durch diese Wahlen auf 18 erhöht.

**Russen. Revolution in Persien.** Da der Schah das Parlament zu sprengen beabsichtigt und eine Anzahl Minister hat verhaften lassen, um ein Ministerium eigener Wahl einzusetzen, so ist die ganze Bevölkerung Zehrans auf den Weinen, um das Parlament zu bejähigen. Für den Fall eines Staatsstreiches des Schahs werden die fremden Gesandtschaften, vor allem die deutsche und englische, den Parlamentariermilitären Hilfe gewähren. Der Schah steht vollständig unter dem Einflusse Rußlands. Es wird bereits der Beginn von Stützpunkten gemeldet.

**Afrika.** An der algerisch-marokkanischen Grenze hat ein Gefecht stattgefunden, in dem die Franzosen zwölf Verwundete hatten. Die Verluste der Marokkaner sind noch nicht bekannt. Das Gefecht endete mit der Einnahme der von den Marokkanern besetzten Position bei *Kin-Dja*.

## Zur Revolution in Rußland.

**Nachklänge der „Freiheitstage“.** Am 11. Dezember gelangte vor dem Moskauer Appellhof der Prozeß des Rebakteurs und Herausgebers des sozialdemokratischen Blattes *Soriba* (Der Kampf), S. Skirnutz, zur Verhandlung. Das Blatt wurde vom 10. bis zum 18. Dezember 1905 in Moskau herausgegeben, und die inkrimierten Artikel behandeln in der damals üblichen Form Fragen des Programms und der Taktik der Sozialdemokratie. Nach Sicherung des Blattes wurde der Herausgeber unter Anklage des Hochverrats gestellt, und am 22. Nov. 1905 zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Das Urteil wurde vom Senat bestätigt, und der Prozeß an ein anderes Gericht verweisen. Jedoch auch dieses sollte das drakonische Urteil — drei Jahre Festungshaft.

**Abgeordneter-Immunität.** Dem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Duma, Gen. Kossorotow, der dieser Tage in seinem Wahlkreis die Vorelectionen aufsuchte, wurde von der Polizei angeschlossen: „Sie sollen sich auf der Fahrt nicht herumtreiben, sich mit den Arbeitern nicht allzuweit unterhalten, und möglichst bald den Ort verlassen!“ Gen. Kossorotow verließ Moskau, von zwei Polizeikommissaren und sechs berittenen Schutzeinheiten eskortiert.

## Gewerbegericht Halle.

**Vorsitzender:** Stadtrat Kurth. **Beisitzer:** Kneipenmeister Krahl, Poleier Kappel, Töpfer Starke und Wöhrer Michalle.

Mit einem Vergleich endete die Klage des Töpfers Prinz gegen den Töpfermeister Kneipisch, wofür wir bereits berichteten. Der Kläger hatte durch einen Angestellten den Auftrag erhalten, für den Chef bei der Firma Schwarz in Gisleben Arbeiten zu verrichten. Später wurde dem Kläger gesagt, er solle sich die Arbeiten bei Schwarz in Gisleben bezahlen lassen. Darauf ließ sich Prinz nicht ein. Er arbeitete drei Tage, verlangte für Haut, Auslösung und Lohn 34 Mk. Die Parteien einigten sich dahingehend, daß Beklagter dem Kläger 22 Mk. zahlt, die Kosten trägt und Prinz seine Klage zurücknimmt.

**Wegen unrechtmäßiger Entlassung** klagte der Stellener Poppe gegen den Gastwirt Kolbe. Kläger verlangte 22,50 Mk. Eines Abends war Poppe mit Frau Kolbe in Differenzen geraten, weil letztere zu errieten gesagt hatte, er mache Zimmereien und wuschere mit dem Dunst räumen. Poppe, der verheiratet ist, fühlte sich durch die Redewendung beleidigt und sagte: Frau Kolbe, haben Sie bei der Wahrheit und sagen Sie nicht. In dieser Redewendung erblickte Kolbe einen Grund zur Entlassung. Beklagter behauptete ferner, Kläger habe keine Frau Wagner gekannt und gesagt, Frau Kolbe solle den Schmelz halten. Jenes Unflätigkeiten soll gesagt haben, es könne sich vor Poppes Wohnsitzmüdigkeiten gar nicht retten. Als Jungin bekundet aber das Urflätigkeiten, daß von alledem nichts wahr ist; Kläger habe bei der Differenz nur gesagt: Frau Kolbe, bleiben Sie bei der Wahrheit und sagen Sie nicht. Unflätigkeiten wurden bei sie von dem Kläger nicht. Der Klage wurde darauf verurteilt, dem Kläger den getriebenen Betrag von 22,50 Mark zu zahlen.

**Wegen Nichterfüllung** in die ihm verprochene Arbeit klagte der Kesselreiniger Bach gegen den Kesselreiniger Schbler. Kläger verlangte 20 Mark Lohn für vier Tage, da er engagiert gewesen sei, auf der Grube in Ruedorf Kessel zu klopfen. Als er arbeiten wollte, wurde der Kessel noch zu warm und mit Wasser gefüllt gemessen. Kläger habe dann aussteigen müssen. Da Kläger, wie einige Zeugen bekundeten, sich aber in Gemeinschaft der andern Arbeiter mit dem Aussehen einverstanden erklärt habe und das Auslegen nicht auf Verhalten des Beklagten zurückzuführen war, erfolgte die Abweisung der Forderung.

**Wenn Weihnachtsbäume antommen:** dem sollte der Gehilfenarbeiter Schach bei dem Handelmann Wöck wieder Beschäftigung erhalten, so hatte man vornehmlich. Schach meldete sich wiederholt zur Arbeit, da aber die Bäume auf der Bahn nicht eingetroffen waren, konnte er sie aus der Zeit nicht ausbilden. Schach verlangte drei Mark Entschädigung; er wurde mit seiner Forderung aber abgewiesen, da er nur bedingt engagiert war.

**Für unaufrichtig erklärte** sich das Gericht zur Aburteilung in der Klage des Angeneurs Schönbach gegen die Firma Ruter u. Straube, weil sich die gewerbliche Wiederholung der Firma in Waldhof befindet. Der Angeneur verlangt ein neues Zeugnis, da das ihm zugestellte den Status enthält; müßten im Hause des Restaurateurs anhalten. Die Zeugen verweigern; er mußte aber in der Verhandlung nachdrücklich entlassen werden. Daß der Kläger wegen Notwendigkeit entlassen worden ist, ist richtig. Der Vernein im Zeugnis ist aber nach der Gemeinordnung unzulässig. Dies wurde dem Vertreter der Firma, obwohl die Sache vor dem Gewerbegericht nicht geschlichtet werden konnte, mit auf dem Weg gegeben.

## Gerichtssaal.

### Strakammer.

Halle a. S., 16. Dezember 1907.

**Ein trübes Familienbild** entrollte eine Weinhandlung heilige Baumtanzmehrfrau, einem schon bejahrten Restaurateur und ein in jugendlicher Verwirrung habende erkrankt von hier. Die Baumtanzmehrfrau, die mit ihrem Mann bis vor einigen Jahren in guter Ehe gelebt und zehn Kinder gezeugt hat, von denen drei am Leben sind, besamerte, daß ihr Mann mit der Restaurateurstau im innigen Verkehr sei. Seit zwei Jahren lebe sie von ihrem Mann getrennt, der sich meistens im Hause des Restaurateurs anhalte. Die Frau nimmt an, ihr Mann werde von der Familie des Restaurateurs ausgeplündert. Eines Tages erschien sie in dem Gartenlokal und rief der Restaurateurstau, mit dem Bemerkung, sie habe ihre Ehe gelöst, eine heileigende Menschenart. Dann verließ sie ihrer Begier mit einem Tadeln einen Sohn in die Ehe. Schlichtig führen sich die beiden Frauen in die Saale und mähnderten sich gegenseitig. Auf einen Hilferuf kam nun der künftige Schwiegerhohn der Gastwirtstau herbei und verlegte der Baumtanzmehrfrau einen Stroh, daß diese zu Boden fiel. Die Weinhandlung schloß sich, weil sie weinend das Lokal, wurde aber auf der Leipziger Schaullee von dem Ehemann der Gastwirtstau und von dem künftigen Schwiegerhohn der beiden verhaftet und nachts in Gefängnis. Dabei machte die Frau allerdings ihrem Herzen durch ein Schimpfwort Luft. Es waren nun wegen Körperverletzung und Verleumdung angeklagt die Baumtanzmehrfrau, der Gastwirt und dessen künftiger Schwiegerhohn. Bei der Frau wurde befunden, daß sie sich in der Erregung nicht beherrschen konnte, und deshalb geriet sie auf eine Geldstrafe von 15 Mark. Es kam. Das Verhalten der beiden Männer, und besonders der Ehemann gegen die Frau auf der Strafe, wurde als außerordentlich hoch bezeichnet. Der Gastwirt wurde zu 20 Mk. und der Schwiegerhohn zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt.

**Wegen Verleumdung** und **Widerstandes** wurde ein jugendlicher Arbeiter zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in früherer Wagnahme einen politischen Leppan genannt und sich dann widerpeniglich gezeigt.

**Der Körperverletzung** beschuldigt wurde ein 18-jähriger Wirtschaftsgeldliche von Rembrandt bei Volk am Berge, der gegenmäßig bei dem 2. Mannenregiment Nr. 18 in Leipzig diente. Der Angeklagte war am 21. September mit einem Aufsteher in Streit geraten und soll letzterem einen heiligen Faustschlag auf den Kopf verleiht haben. Er behauptete, der Aufsteher hätte ihm erst „dumm Jung“ genannt und gezeigt. Beantwortet wurde eine Wunde Gezügung. Das Urteil lautete auf zehn Mark Geldstrafe.

## Briefkasten der Redaktion.

**Widow.** Wenn die Gen darmen im Antrage ihrer vorerlegten Behörde handelten, so kann man nicht von Verneinung reden. Im übrigen ist die Sache abgelehnt, da es schwer fallen würde, den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

**Waffenbesitz.** Die Namen der Berichterstatter werden aus besonderen Gründen nicht veröffentlicht.

**Widow.** Der künftige Ratstag kommt noch.

## QUITUNG.

Halle a. S. Für Parteizwecke: Von A. L. 2 — Mark für ein Referat.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopold in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

# Gust. Uhlig, Halle, untere Leipzigerstrasse

Größtes Lager der Provinz Sachsen in Musikinstrumenten jeder Art.

## Beste u. billigste Bezugsquelle von Musikwerken

Neuhelt „Piston“  
J. Jederm. sofort spielbar.

Echte italienische Ocarinas sofort spielbar.

Kinder-Geigen 1,50, 2 und 3 Mk.  
Schul-Geigen 5, 6, 8, 10 Mk.  
Bessere Geigen von 10 bis 100 Mk.  
Mandolinen 6, 8, 10 bis 50 Mk.  
Konzert-Zithern in grosser Auswahl am Lager.

Phonographen und echten Grammophonon jeder existierenden Art.

rein abgestimmten Mund-Harmonikas u. Zieh-Harmonikas jeder Art.

Piston-, Trompeten, Blas-Accordions Signalhörner, Tommen-Flöten, echt italienische Ocarinas, Konzertinas und Bandonions, Acol-, Reform- und Menzhaer-Accord-Zithern in jeder Preislage.

### Billigste und beste Bezugsquelle Gust. Uhlig, Halle a. S., untere Leipzigerstr.

Gegründet 1859. Reich illustrierten Preis-Courant versende gratis und kostenlos. Gegründet 1859.







Weihnachts-Aufträge, die noch vor dem Feste erledigt werden sollen, erbitten umgehend.

Grösstes Sprechmaschinen-Specialgeschäft

Otto Jacob, sen.

Berlin, 43.

Deutschlands

Vergessen Sie nicht, dass Sie zum Weihnachtsfeste eine „Opera“ haben müssen!

Der Besitz einer Mill-Opera ist die Grundbedingung für die Gemütlichkeit im Heim. Die Opera gewährt Ihnen die Annehmlichkeit, sich jederzeit durch die Wiedergabe des Gesanges unserer besten Künstler und Künstlerinnen zu erfreuen. Die Opera ist ausserdem das beste selbstspielende Musikwerk.

Niedrige Preise

Lieferung gegen Monats-

Raten

ohne einen Pfennig Aufschlag.

Die Mill-Opera ist die beste Concertmaschine der Welt! Interessante Kataloge u. Schallplatten-Verzeichnisse gratis und franco!



Original-Zeig-Schallplatten doppelseitig, zwei verschiedene Stücke auf einer Platte - p. Stück M. 3.

Mill-Opera Mod. II Größe 27 x 27 x 13 cm. Gehäuse modern grün poliert. Metallteile fein vernickelt. Farbiger Blumenschalltrichter 35 cm Schallöffnung. Concertschalldose.

PREIS mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten Mk. 49,50 - Monatsrate Mk. 9,-

Mill-Opera Mod. III. Größe 28 x 28 x 13 cm. Gehäuse modern grün poliert mit Goldzierleisten. Metallteile fein vernickelt. Farbiger Blumenschalltrichter 38 cm Schallöffnung. Concertschalldose. PREIS mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten Mk. 62,- (Mit Mill-Opera-Concertschalldose mehr Mk. 8,-). Monatsrate Mk. 4,-

Mill-Opera Mod. IV. Größe 31 x 31 x 15 cm. Gehäuse in echtem Eichenholz, poliert, mit farbigen Arabesken. Metallteile fein vernickelt. Farbiger Blumenschalltrichter 38 cm Schallöffnung. Mill-Opera-Concertschalldose. Große Lautstärke.

PREIS mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten Mk. 87,50. Monatsrate Mk. 5,-

Bestell-Zettel. Im Couvert einstecken. Hiermit bestelle ich bei der Firma Otto Jacob, sen. Berlin NO. 43:

I Mill-Opera Mod. \_\_\_\_\_ mit 10 neuesten Stücken auf 25 1/2 cm Platten

Die Begehung erfolgt durch Zahlung von Mk. \_\_\_\_\_ am 1. jeden Monats. Beim Empfang zeichne ich Mk. \_\_\_\_\_ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10-20 pCt. der Gesamtsomme erwünscht.

Ort: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Vor- u. Zuname: \_\_\_\_\_ Stand: \_\_\_\_\_ StraÙe u. Hausnummer: \_\_\_\_\_ Ga

Ein guter, schmackhafter Pfefferkuchen auf dem Weihnachtsfeste erhöht nicht nur die Weihnachtsfreude, sondern ist auch der Gesundheit dienlich. Einen solchen erhält man stets zu billigsten Preisen bei Rob. Schirmer, Tornows Nachf., Honigkuchenfabrik. Leipzigerstr. 92. - Hausfelderstr. 43.

**Volkspark.** Mittwoch den 18. Dezember grosses Schlachtfest. Hierzu ladet freundlichst ein Die Verwaltung.

Abreiss-Kalender 1908 in verschiedenen Mustern. Preis 40 Pfg. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle, Barz 42.

Grösstes Lager in Violinen, echt Menzenhauer-Gitarren, Zithern, sowie Notenblätter, Schlags- und Streichsithern, Sprech-Apparate, Zieh- u. Mandolinharmonikas, Trommeln empfiehlt in großer Auswahl Gr. Müller, Große Märterstr. 3. Fabrikation und Spezial-Waifen-Instrumenten Geschäft. Reparaturen billig und schnell.

Rebattmarken-Ausgabe des Allg. Konsumvereins Halle a. S., e. G. m. b. H. trotz der enorm billigen Preise. Spezial-Geschäft für Herren- u. Knaben-Garderoben, Arbeits- u. Berufskleidung. Julius Hammerschlag 96 Gr. Ulrichstr. 96, nahe d. Alten Promenade.

Weihnachts-Karten in großer Auswahl zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Barz 42/43

Raucht Eckstein-Zigaretten! Nr. 5 Diese rüchmigst beladene Zigarettenmarke wird auch nach Einföhrung der Zigarettensteuer in derselben vorzüglichen Qualität u. Handarbeit hergestellt. Preis: 10 Stück 25 Pfg. Der enorme Konsum bestföht die Fabrik, die Zigarettenhandlungen stets mit frischer Ware zu versorgen. Man verlange ausdrücklich: Eckstein's Nr. 5 und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma „A. M. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt. (Über 1000 Arbeiter.) In Zigarettenhandlungen zu haben. Vertreter: Otto Kessler, Halle a. S., Beuelnerstr. 5. Fernsprecher 3113. Farnsprecher 3113.

Honigkuchen 3 Mk. = 2 Mk. Rabatt. Nürnberger Lebkuchen von F. G. Metzger zu Fabrikpreisen. Baum-Konfekt Marzipan-Artikel Kaufkläden-Artikel in größter Auswahl kauft man am vorteilhaftesten nur im Spezialgeschäft von Woldemar Schmidt, Gr. Steinstraße 34 a, Schützenstr., Bahnhofstraße 64. Berner empfiehlt Schokoladen, Kakao, u. geröstete Kaffees (von Ernst Ochse), Tees (Spezialmarke Tokano), Gakos, Bonbonkugeln etc. Weine von Otto Ströwe, früher A. Stoll, Halle, Verkauf zu Originalpreisen. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Weihnachts-Geschenke! Solinger Stahl-Waren. Ziehweiser und Gabeln, Franzosenweiser, Röhrenweiser, Gabel- und Weiseger. Schneider- u. Knopflochzähren, Zehnzähren, Nagelzähren, Schiffs- und Zehrenz-Strümpfe, Nähermesser, Streichmesser. Hermann Müller, Messerschmied und Dampf-Schleiferei, Gr. Steinstr. 1-2, nächst Kleinschmieden, Leipzigerstr. 18, gegenüb. C. F. Ritter. Billiger wie von Solinger Versandgeschäften.

Billig und gut kaufen Sie bei R. Ketscher, Halle, Sternstr. 11, gegründet 1886. Alle Arten Caschenuhren, Regulateure, Wand- und Weckeruhren, Uhrketten, Chronometer, Eisenbahnen mit Uhrwerk, Dampfmotoren, Externa majuska Uhrwerksmodell, Caschen- u. Glühlampen, Akkumulatoren und alle elektr. Bedarfsartikel.

Goldschmied bietet in Weihnachten-Geschenken nur das Beste zu anerkannt allerbilligsten Preisen. Eigene Fabrikation von Verlobungsringen. 5 Prozent Rabatt. Gr. Ulrichstr. 41, gegenüber Brummor & Benjamin. Umständig nach dem Best gefertigt.

**Volkspark.** Kräftiger Mittagstisch.

**Schaffstiefel**  
à 7,50 8,50 9,50  
**Filzpantoffel**  
à 0,90 1,00 1,25  
**Damenstiefel**  
à 4,90 6,90 7,50  
**Herrenstiefel**  
à 4,90 6,50 7,50  
Hans Sachs, Gr. Ulrichstr. 32.

**Reibmaschinen**



per Stück 1,45 Mk.  
empfiehlt

**Christian Glaser**  
Grosse Klausstr. 24.

**Seifen- u. Blumengerüche,**  
prachtvolle Weihnachtspackungen von 50 Pf. an.  
**Schwanen-Drogerie,**  
Leipzigerstr., Ecke Poststr.  
Mitgl. d. R.-Sp.-Ver.

**Solide Familien**  
erhalten sämtliche Wäscheartikel, Gardinen, Kleiderstoffe, Schürzen etc. in reeller Ware auf Zeichnung bei  
**Fr. Gronau,** Barfüsserstrasse 16.

**Wringmaschinen**  
Ersatzwalzen billigt  
bet  
**Rudolf Lange**  
Amendorf.

**Echte Solinger Stahlwaren**  
empfiehlt zu billigsten Preisen  
Goldenes Gr. Ulrichschiffchen  
**C. Preuss,** str. 37.

**Uhren**  
jeder Art  
bei bekannter Reellität.  
**C. Frantz**  
Burgstr. 60.

**Weissenfels.**  
Gute Uhren und Goldwaren in grösster Auswahl läuft man am billigsten bei  
**Arnold Strietzel,**  
Klosterstrasse 4, nahe dem Markt.

**Puppenwagen**  
**Purpursportwagen**  
Korbstühle elegantes Fabrikat  
Triumphstühle  
Kinderstühle fest u. verstellbar  
Puppen u. Spielwaren in alle Welt  
Wirtschafts- u. Luxuskörbe zu bekannt billigen Preisen empfiehl  
**B. Rolle,**  
Reifstr. 33.

**Papier- u. Pappabfälle**  
kaufen jeden Boden  
**H. Braunkötter,** 20.

**Zufallskauf!**

Ca. 1200 Stück  
**moderne Damen-Täschchen**  
ganz bedeutend unter Preis.

Jedes Stück Mark **2.85.**

Regulärer Wert 3,75, 4,50 und höher.

Nur moderne Muster. Nie wiederkehrende Gelegenheit.

**C. F. Ritter,**

Halle a. S., Leipzigerstrasse 90.

**Dresdner Felsenkeller-Biere**  
behaupten ihren seit über einem halben Jahrhundert erworbenen  
**guten Ruf!**

**Bekanntmachung!**

Grosser Verkauf der vom Konkursverwalter erstandenen Waren aus

**Konkursmassen,**

Gelegenheitskäufen und aus Engrosgeschäften, Fabriken herrührenden

**Uhren, Gold- und Silberwaren.**

Es kommen zum Verkauf: Taschenuhren in Gold und Silber usw., Herren-Uhren, 30 Stunden gehend, von 3 Mk. an. Echt silberne Herren- und Damen-Uhren von 9 Mk. an. Goldene Damen-Uhren von 15 Mk. an. Goldene Herren-Uhren mit Sprungdeckel, Ankerwerk, 15 Rubis, von 40 Mk. an. Goldene Herren-Repetier-Uhren, 585<sup>00</sup> gestempelt, mit Viertel-Schlagwerk, von 130 Mark an. 200 Stück Wanduhren, Wecker, Freischwinger. Grosse Auswahl in langen Damen-Uhrketten, Halsketten, Herren-Uhrketten, Kavalier-Ketten, Broschen, Ringe, Ohrring, Ke tonarmbänder usw. Brillen, Uhren, Broschen usw. unter Preis. Trauringe von 1 Mk. das Stück an. Massiv gold. Trauringe in 8kt, 338, 14kt, 585, 18kt, 750 und Dukaten gold 950 gestempelt. Ein Fosten goldene Ringe 338 gestempelt, von 1,25 Mk. an. Zu Festgeschenken geeignete Schalen, Tafelaufsätze, Kaffeesservice

Günstige Kaufgelegenheit geeigneter Geschenke.  
Umtausch bereitwilligst.

Für jede Uhr 2 Jahre schriftliche, weitgehendste, reelle Garantie.

Eigene Reparatur-Werkstatt unter Leitung eines gepr. Uhrmachers.

**A. Weiss,** Halle a. S.,

Kleinschmieden Nr. 6, neben der Engel-Apotheko.

**Allgemeiner Konsumverein Halle a. S.**

E. G. m. b. H.

Neu! **Kala-** Neu!

**Kern-Seife im Karton à 25 Pf.**  
ist das bevorzugte Waschmittel jeder Hausfrau!

Ferner wird als besonders preiswert und vorteilhaft empfohlen:

**Salmiak-Terpentin-Seifenpulver**

(Marke „Platte“)

in 1/4 Pfd - Paketen à 20 Pfennig.

Zu haben in allen Filialen!

Schirm-Fabrik von  
**L. H. Werkmeister,**  
Leipzigerstr. 29  
a. Luzz - a. Luzz.  
Billigste Preise im Platz.  
Grösste Auswahl.  
6 Prozent Rabatt.



**Ammendorf.**

Bettfedern, Hausfrei, grau  
à 50, 60, 80, 100 Pf.  
weiß, à 150, 180, 200, 250, 300 Pf.  
Bettzeuge, Inletts, Schlafdecken, Bettlicher, Strohsäcke, Bodelnken  
empfehl  
allerbillig in bester Qualität  
**Kaufhaus**  
**S. Maerker,**  
Amendorf.  
Ausgabe von Wabattmarken.  
Mitglied des Rabatt-Spar-Verelns.

**Zeit.**  
Zum bevorstehenden  
**Weihnachtsfeste:**

empfehl  
= Prima Stollenmehl =  
= Back-Butter — Backwaren  
= Kaffee — Kolonialwaren  
= Wein — Spirituosen =  
Delikatessen  
zu billigsten Preisen.  
**Chr. Elsässer Nachf.**  
Wasservorstadt 13.

**Weissenfels.**  
Morgen Aufgabe meines Geschäftes verkaufe  
**Pelzwaren**  
als: Kragen, Muffe, Jacken, Fäuförbe usw. zu außerordentlich billigen Preisen.  
**Chr. Wahren,**  
Rickerstr. 10, I.

**Christbäume.**  
Die schönste u. grösste Auswahl bayrischer Christbäume u. Tannen in allen Größen verkauft billig  
**Meinrich Schmalz,**  
Grosse Lützowstrasse 37,  
(Hotel Goldenes Schiffchen).

**Wohnungseinrichtung**  
wenig gebrauchte Wägen, Vertikons, Sessels, 4 Holzstühle, Tischstühle, Spiegel, Schreibtisch, Bettische mit guter Matratze und Bettwäsche (spottbillig verkauft  
Golstr. 21,  
**S. Rosenberg,** 1 Troppa.

**Zipsendorf.**  
Kolonial- und Schnittwaren  
billigt bei  
**Arthur Bernhardt.**

**Teuchern.**  
Empfehle ich das besten Weihnachtsgeschenke:  
Hüte, Mützen, Filzschuhe, Schläpfe, Kragen u. s. w.  
**Gottlieb Krause,** Bahnstrasse.  
= Frachestr. 18. =

Wittm.: Schlachtest. Früh: Weisse. H. Fr. mme. Weiffrahe 20.

Wittm.: Schlachtest. H. Fr. mme. Weiffrahe 20.

**Baum-Konfekt**

fehlen billiges Angebot.  
Baumkonfekt 1 1/2 Pf. 80 Kt. 40 Pf.  
Schaum 1 - 120 - 80  
Bilderdamm 1 - 100 - 120  
Erem-Schokol. 1 120 90  
Fondant 1 - 100 - 120  
Likör 1 - 180 - 140  
gel. Likör 1 - 100 - 60  
Kakao-Likör 1 - 240 - 200  
H. Marzipan 1 - 240 - 140  
Spezialfabrik  
Königsr. 6 und  
Rannschestr. 22.

**OttoVoss**

**Achtung!**  
Billig zu verkaufen:  
1 gr. Vollen Beantennmäntel, St. Antiger- und Militärmäntel von 5 Mk. an, getrag. und neue Winterüber-, Asopfen, Pelze, Kuzige, Böden, Jagdwaffen, Handschuhe, Militär-Gelb- und Langhirschen, Militärschleier, Holzschuhe, Stiefelchen, neue Schutzhirschen, best. Gerendnerische Holzschuhe, 1 Partie Bettstühle, 7,50 Mk. 1 Partie Bettstühle, Holz- u. Gaudelker, Damen- u. Herrenuhren, Ketten, Ringe, Oerengläser, Revolver, Garmenten, Seigen, Zithern, ital. Wandtischen, Postbills.  
Hofmann, Leipzigerstr. 27, am Zum. Eing. Ede Martinstr.

**Waschgefäße**  
dauereh. 4 Zander, Gr. Klausstr. 12, Mitgl. des Rabatt-Spar-Verelns.

**Weissenfels.**  
Allerleinsten Süssrahm - Margarine  
"Westfalen - Krone"  
früher genannt  
"Meyersche Unerreich"  
empfiehlt Wwe. Marie Zahn,  
Werlebu gef. 45.

**H. Böhlerts Rossschlächterei**  
Glauchauerstr. 75  
bietet an der Glauchaichen Str. 6  
empfehl die Woche in bekannter Güte:

**frische Fleisch- und Wurstwaren.**

**Aepfel**  
in großer Auswahl billig in  
Bennern u. Körben (Korb von 1  
Mk. an) zu verkaufen. Friedr.  
Bergner, Brüderstr. 5, Dörfelder.

**Zeit.**  
Börsenkeller, Rahmstr. 1.  
Empfehle mein Vokal alten  
Genossen.  
ff. Speisen und Getränke.  
Um reuen Reich bitter  
Gust. Köhne, i. G.  
Zu verkaufen ein großer Vollen  
Spielwaren zu jedem annehmbaren  
Preise.

**Achtung Kollegen!**  
Wenn Stand mit Nüssen befindet  
sich am roten Turm.  
**Heinrich Necke.**

# 2. Beilage zum Volksblatt.

№. 295.

Halle a. S., Mittwoch den 18. Dezember 1907.

18. Jahrg.

## Stadtvorordneten-Sitzung.

Montag, den 16. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Vorleser: Steiner.

Der Rat des Stadt Rath ist mit Blumen geschmückt, da der alte Herr — er ist 82 Jahre alt — nach 33jähriger Tätigkeit als Stadtvorordneter der letzten Sitzung bewohnt. Der Vorleser begrüßt ihn herzlich, dankt ihm für seine Tätigkeit und rühmt ihm ein herrliches Lebensalter an. — Stadt Rath dankt für die ihm zu Teil gewordene Ehre und wünscht daß das freundschaftliche Verhältnis zwischen ihm und dem Kollegium beständig bleibe. — Das Protokoll wurde genehmigt.

**Einlage:** Ein von den Wohnern der Nikolaifrage unterzeichneter Antrag über das neue Treiben auf dem Stadtwald, wodurch die Hauseigentümer geschädigt würden, nicht an den Petitionsausschuß, der die Beschwerden prüft, — Eine Eingabe zur Wertung als Anträge wird dem Referenten dieser Vorlage, Stadt Rath, überreicht. — An den Petitionsausschuß geht die Eingabe des früheren Beamten Wittenbecker, der eine Aufbesserung seines Gehalts verlangt. Der Magistrat hat die Aufbesserung abgelehnt. — Gegen eine in der Presse erschienene Notiz, nach der eine Erhöhung des Preises für elektrische Kraft angekündigt worden war, erklärt die Stadt Rath, daß weder im Kuratorium noch im Magistrat die Absicht bestehe nach Befanden habe, den Preis der Energie zu erhöhen. Die Notiz ist unrichtig gemeldet.

**Ueber die Protektion gegen die Gültigkeit der Stadtvorordnetenmandate** referierte zunächst Stadt Rath. Glimm. Das Mandat des Stadt Rath, Ganger, der als Einwohner von Halle-Nord in der Altstadt gewohnt wird, ist, wurde für gültig erklärt, da der Protest zu spät eingegangen ist. Stadt Rath hält es für zweckmäßig und materiell die Sache zu entscheiden, doch wurde davon abgesehen. — Eine Vorrede im Kollegium für gültig erklärt wurde das Mandat des Dr. Brandes, da er preiswürdiger Staatsangehöriger ist. — Auch das Mandat des Kaufmanns Borges erwiderte der Referent für gültig zu erklären. Herr Borges ist zur Zeit des Abtritts der Wählerlisten nicht preiswürdiger Staatsangehöriger gewesen, aber am 16. Oktober, also nach der Wahl geworden. Das genügt. Die Wählerliste setze nach dem Dr. Brandes die Stimmberechtigung fest, sei aber nicht entscheidend für die Wählerliste.

Stadt Rath wendet dagegen ein, die Stimmberechtigung made in § 75 keine Interdiktion zwischen Wahlberechtigung und Wählerliste. Der Gewählte hätte müssen bei Aufnahme der Wählerliste die Staatsangehörigkeit bezeugen; dies verlangte der klare Wortlaut des Gesetzes. Das Entscheidungen des Verwaltungsgerichtes dem Wortlaut der Städtordnung widersprechend, ist richtig. Nebenher sollte aber das Mandat nicht für gültig anerkennen.

Die Stadt Rath und Schmidt weisen nach auf frühere Entscheidungen hin, die gültig für die Gültigkeitserklärung lauten. Das Mandat wurde dann gegen die sozialdemokr. Stimmen für gültig erklärt. Für ungültig erklärt wurde dann das Mandat des Dr. Steinbrück aus den bereits mitgeteilten Gründen.

### Vom Giebelkneifer Gaswerke.

Zu der Anfrage: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um das Gaswerk Giebelkneifer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten? — führte Stadt v. Blume aus, es sei in vielen Fällen vorgekommen, daß das Gaswerk schwer gefehlt habe. Da hätten im Winter abends um 10 Uhr ganze Heizen von Laternen nicht gebrannt. Der Magistrat sei zwar einzeln beauftragt gewesen, das Gaswerk an seine Pflicht zu erinnern; es müsse aber mehr gefehlt werden.

Erster Bürgermeister Dr. Hübner: Seit der Einverleibung von Giebelkneifer haben die Verhandlungen zwischen Magistrat und Gaswerkleitung nicht aufgehört. Man kann Bände schreiben über die Beschwerden, die gegen das Gaswerk eingegangen sind. Auch über die öffentliche Beleidigung seitens der Klagen gekommen, die auf Beschlüssen der Gasanstalt zurückzuführen sind. Das einzige Mittel, das der Magistrat jetzt in der Hand habe, um die Gasanstalt zu zwingen, ist die Konventionalstrafe. Die öffentlichen Laternen werden unwirksam von Kindern im Alter von acht bis 14 Jahren bedient. Man sollte gar nicht glauben, daß jene Laternen Gegenstände hände sind, die dem öffentlichen Nutzen dienen. Beispielsweise ist, daß der Gasdruck ausreißend war; aber es ist erwiesen, daß die Leitungshähne verschmutzt waren. Für die Oberrealchule wurde eine gute Beleidigung notwendig und da sind neue Konflikte mit dem Gaswerk zu befürchten. Der Magistrat wird alle Fälle erörtern, in denen der Vertrag abgebrochen wurde. Allerdings ist der Vertrag letzterzeit davor zu zerfallen, daß der Gasanstalt zurechtgestellt worden, daß ein Jurist selbst etwas herausbekommen kann und ein Richterjurist garnicht damit fertig wird. Ein eingetragenes Schiedsgericht habe nun erkannt, daß der Magistrat berechtigt ist, von dem Gaswerk zu verlangen, Kabel zum elektrischen Licht zu legen. Das Gaswerk hat nach dem Vertrage die Vorhand, dort Kabel zu legen, wo der Magistrat ein Bedürfnis für elektrisches Licht anerkennt.

Jene Kabel müssen dann gefesselt werden, und wenn das Gaswerk dazu nicht in der Lage ist, wird die Stadt elektrische Licht dahin bringen. Damit werde die Stadt dem Gaswerk gegenüber in eine wesentlich vorteilhaftere Position gebracht, und man werde sehen, was sich tun läßt. Im übrigen möge man dem Gaswerk gegenüber nicht allzu sehr mit offenen Karten spielen und nicht zu viel reden.

Stadt Rath: Ich bin auch der Meinung, daß es bei der Gasanstalt am Druck fehlt. Was der Erste Bürgermeister sagt, trifft nicht ganz zu. Sonntags, wenn in den großen Lokalen die Lampen brennen, merkt man am besten, was es mit dem Druck ansieht. Aber auch an den Wochentagen sieht es genau aus. Vor 1½ Jahren ist einmal in der Gasanstalt ein Dingen eingelaufen; da hat man gar kein Licht gehabt, und die Arbeiter waren genungem, die Leuchten vorzuholen. Das Werk ist am Material und an den Leuchten, die beidseitig werden. Die Gaswerke werden von den Büchern selbst bedient. Da hätte einmal geprüft werden, ob dies zutreffend ist. Die Stadt sollte verlangen, recht viele Laternen anzuflehen. Wie wäre es, wenn einmal die Frage angesetzt würde, das Werk zu kaufen? (Beifälliger Widerspruch.) Einige Bürger, die an der Gasanstalt beteiligt sind, sollen keine Zinsen bekommen und wer Zinsen erhalten sollte, müsse nach Bremen reisen, erklärte man.

Stadt Rath: Herr v. Blume meint, von einem Kaufman möge man nichts hören lassen; vielleicht laure man in Bremen bloß darauf. Ebenso wie die Gasanstalt könnte man dann auch alles Gien laufen, das man nicht gebrauchen könne. Auch von anderer Seite wurde der Gedanke eines Ankaufs der Gasanstalt stark abgemeldet. Bürgermeister Dr. Hübner teilt noch mit, daß der bereits erwähnte Schiedsrichter dem Magistrat nun auch die Entscheidung darüber in die Hand lege, wohin und wie viele Laternen aufzuleisten seien. Auch das sei ein wertvoller Fortschritt; denn bisher hätte um jede Laterne gefesselt werden müssen.

Damit erndete die Debatte, da Anträge nicht gestellt worden waren.

### Bezahlung der Feiertage an die städtischen Arbeiter.

Es gelang folgender sozialdemokratischer Antrag zur Beratung: Das Kollegium wolle beschließen: Den im Stundenlohn stehenden städtischen Arbeitern ist für die auf Wochentage fallenden Feiertage eine Entschädigung in Höhe ihrer durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienste zu gewähren. Der Magistrat wird ersucht, diesem Antrage beizutreten.

Stadt Rath: Der Magistrat hat durch die Vertagung des Antrages vor 8 Tagen Zeit zur Überlegung gehabt, kann heute Antwort geben, ob er den Antrage entsprechen will. Die Forderung ist zu berechtigt, daß sich eigentlich eine Begründung erübrigt. Es gibt städtische Arbeiter, die nach Wochenlohn bezahlt werden. Denen darf nach der Gewerbeordnung für Feiertage kein Abzug vom Lohne gemacht werden. Die Arbeiter der Gasanstalt dagegen und andere städtische Arbeiter stehen im Stundenlohn. Sie hüßen für die beiden Weihnachtsstage und den Neujahrstag zusammen einen halben Wochenlohn ein. Da die Forderung der städtischen Arbeiter auf Einführung von Wochenlohn noch lange Zeit brauchen wird, so ist erklart, ich bezeichne der heutige Antrag den städtischen Arbeitern wenigstens die Weihnachtsfeiertage nicht zu verberchen. Sie müssen sonst in der Weihnachtswoche, wo vermehrte Ausgaben ihnen erwachsen, mit 12—14 Mk. nach Hause gehen. In den Gasanstalten kommen 80—85 Arbeiter in Betracht, jedoch die ganze Mehrzahl sind noch keine taugliche Arbeiter für die drei Tage ausmacht. Was der Arbeiter in Gefährdung des Rechts ist, muß denen in der Gasanstalt billig sein. Das hat die Gehälter der städtischen Beamten und Lehrer um Hunderttausende aufgehoben, so werden wohl für die städtischen Arbeiter einige Hundert übrig sein.

Dr. Hübner: Ich gehe davon aus, es handle sich um keine Intervention, auf die eine Antwort erforderlich ist. Der Magistrat müsse erst die in Frage kommenden Kuratoren hören und werde dann die erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Stadt v. Blume: Einen Rückschlag kann man heute so unvorbereitet nicht fassen, jedoch es ist der Antrage annehmbar. Es ist eine außerordentliche Sache, wenn das Budget des Arbeiters gerade an Feiertagen durchgehend nicht wird. Das ist keine Freude zum Heile. Sollte man den Antrage auch nicht als von einer bestimmten Partei kommend aus. Nicht aus Sentimentalität, sondern aus Gerechtigkeit solle man dem Antrage präzis und vollständig zustimmen. Aber demokratisch dürfte man dabei nicht handeln.

Stadt Rath: Ich meine, man müsse dem Magistrat das Budget steifen, damit er für solche Anträge empfänglich wird. Die Leute, denen damit geholfen werden solle, sind meistens Gegner der Sozialdemokraten. Das sind städtische Arbeiter, die meist bürgerlich wählen. Die Sozialdemokratie handle nicht aus Parteihaftigkeit, sondern aus Gerechtigkeitssinn. Die Beamten erhalten die Feiertage mit bezahlt, also könne man auch für die Arbeiter eintreten.

Stadt Rath: Was nützt den Arbeitern die „prinzipielle“ Zustimmung? Aber die Art des Herrn v. Blume ist die aller bürgerlichen Sozialreformer nach dem Rezept: Welche den Besten, doch nicht für ihn nicht nach. Den städtischen Arbeitern will der Magistrat Gerechtigkeit von Markt über die Gehaltsveränderung hinaus zulegen, um nicht ihre Arbeitsfreudigkeit zu vermindern. Warum handelt man nicht so bei den Arbeitern? Herr v. Blume führt einen Giertrag auf, durch den die Forderung vor vergrößert wird.

Vorleser Steiner: Auch auf die Gefahr hin, ebenfalls von Herrn Thiele als Giertrag erklärt zu werden, stimme ich den Ausführungen des Herrn v. Blume zu. Solche Fragen müßte man doch vorher prüfen. Schließlich erklärt man den 1. Rat auch als Feiertag, für den man Lohn verlangt. Nebenher verlangt, den Magistrat zu erlösen, eine Vorlage zu machen über den Kostenantrag, der durch Annahme des Antrages Thiele entstehen würde.

Stadt Rath: Ganger erklärt sich als Freund des Antrages, der geeignet erdeme, Ungleichheiten zu beseitigen. — Stadt Rath wendet sich gegen den Antrag und meint, die Arbeiter müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen. — Stadtvorordneter von Blume meint, man müßte annehmen, die Sozialdemokraten müßten etwas sparen, um den Antrage von vorn für in die Höhe fallende Feiertage decken zu können. Der Antrage erdeme nicht so einfach durchführbar. Die Bezahlung der Feiertage an nicht Arbeitende sei auch eine Ungerechtheit gegen die, welche an den Feiertagen arbeiten müssen.

**Inschmuck** wurde der Erneuerung des Hochbors mit der Hauptaufstellung der Gassen in der Weidenburgstraße mit 2200 Mark Aufwand.

### Vertraut über die Straßeneinigung.

Stadt, a. B. um e berichte über die Ausführunghandlungen und die von den Ausschüssen der Magistratsvorlage angenommene Änderungen. Durch die Gassenordnung von 1706 und spätere Veränderungen ist das Vorhandensein einer Ober- und der Ausdehner zur Straßeneinigung so gut wie erloschen. Die vom Ausschuss angenommene Fassung verringerte die Pflichten der Ausschüsse, die bestanden hat, wenn sie den Gassen in der Gasse des Ausschusses anzuordnen. Bürgermeister v. Holly tritt für den Magistratsentwurf ein und hat Bedenken, daß der Magistrat dem Entwurfe des Ausschusses zustimmt. Schließlich waren die Grundbesitzer nach dem alten Recht zur Reinigung verpflichtet. — Stadtd. v. a. s. meint, der Bürgermeister gehe der Allgemeinheit und müsse auch von der Allgemeinheit gerechtfertigt werden. — Stadtd. v. a. s. meint, die Bürger wollten sich nur nicht in die Hände der Polizei begeben. Die Hauptfrage sei, daß wir (die Ausschüsse) entlastet würden. — Stadtd. v. a. s. erklärt, daß verschiedene Veränderungen vor, namentlich will er durch einen Zusatz ermöglichen, daß später auf die Oberstadt zurückgegriffen werden kann. Denn übernehme die Stadt einmal durch die Reinigungspflicht, so sei eine Maßnahme zu dem jetzigen Rechtsstande unmöglich, und der Stadt werde für alle Zeiten die Reinigung auferlegt.

Stadtd. v. a. s. tritt für den Ausschussentwurf ein, der für die Ausdehner noch sehr günstig laute. Die schätzbaren Bestimmungen daraus seien beibehalten. Die Ausführungen des Stadtd. v. a. s. seien sehr beachtenswert. Wenn der Magistrat ihnen in geeigneter Weise Folge leiste, so sei das recht wohl zu verstehen. Stadtd. v. a. s. meint, der Magistrat werde schon sich bemühen, mit dem Ausschuss einig zu werden. Schließlich wurde der vom Ausschuss vorgesehene Entwurf mit 29 gegen 11 Stimmen angenommen. Er lautet:

§ 1. Die Stadtgemeinde solle a. S. übernimmt innerhalb des Stadtgebietes die Pflicht zur Straßeneinigung einschließlich der Aufhür von Schmutz, Schnee und Eis, soweit nicht die Bestimmungen der folgenden Paragraphen in Frage kommen.

Die Grundbesitzer bleiben verpflichtet, in der Zeit von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends den vor ihren Grundstücken belegenen Bürgersteig oder Fußweg mit Glätte zu bestreuen und in einer Breite von 2 Metern von Schnee und Eis zu reinigen. Die Bestreuerung von Gassen und Eis auf den Fahrdamm unter Freihaltung der Straßenangänge ist zulässig.

§ 2. Die Verpflichtung zur Reinigung von fliegenden Straßen, Straßeneile, Wege und Plätze verbleibt dem Bürgerunterhaltungsamt.

Wenn werden etwaige betragsmäßige Verpflichtungen zur Straßeneinigung durch dieses Statut nicht berührt.

Vorstehende Bestimmungen treten anstelle der bisher bestehenden am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

In der geschlossenen Sitzung wurde die Vereinerung des Kreisvereins e. a. an den ausübenden Stadtverordneten nicht beschließen, die anderen Punkte wurden wegen vorgerückter Zeit verlegt. (Schluß nach 1/10 Uhr.)

## Aus den Nachbarkreisen.

### Der erste Vortragskurs

im Feiter Kreis ist beendet. Der Sozialdemokratische Verein hatte beschlossen, für eine Anzahl Genossen einen Vortragskursus abzuhalten, damit dieselben näher in die sozialistische Lehre eingeführt würden. Zugleich sollte ihnen der Kursus die Möglichkeit gewähren, nach weiterem Studium für die Arbeiterbewegung agitatorisch tätig sein zu können. Der Kursus hat an acht Abenden im November stattgefunden. Der Vorstand hatte unter den 88 Vereiner die Auswahl — da nur 50 Genossen zugelassen waren — getroffen, daß je nach ihrer Mitgliederzahl alle Orte berücksichtigt wurden, aus denen sich Genossen zur Teilnahme gemeldet hatten. Meldungen waren eingegangen aus Feit, Weichels, Zaucha, Raumburg, Zue, Trieben, Pörsdorf, Siedau, Kreisau, Hohenmölsen, Banne, Trebitz, Oerfeld, Zaucha, Neudorf, Dobritz und Droschitz. Wieder Erwarten sind die Genossen aus Zaucha, Göbritz und Droschitz nicht gekommen, sie waren durch ihre Arbeit verhindert, so daß es vom ersten Abend ab nur 46 Teilnehmer waren. Von diesen fehlten zum dritten Abend ab ein Genosse aus Kreisau und einer aus Hohenmölsen, vom vierten Abend ab ein Genosse aus Weichels durch Krankheit und vom sechsten Abend ab ein Genosse aus Raumburg, ferner am letzten Abend ein Genosse aus Zaucha und ein Genosse aus Hohenmölsen, so daß also 40 Genossen den Kursus voll mitgemacht haben. Die Zurückbleibenden waren durch ihr Arbeitsverhältnis an der weiteren Teilnahme gehindert. Manche Genossen, spez. die aus Raumburg, mühten — da der Kursus um 8 Uhr begann, schon um 4 Uhr ihre Arbeit verlassen, sie hatten also persönlich Opfer zu bringen. Das Dagegen ist allen aus der Parteifrage geschäft worden.

Den Unterricht leitete Genosse C. Müller — Leipzig, und als zu behandelnde Thema war „Die Entwicklung der Wirtschaft“ genommen worden. Im Verlauf der Abende wurde vorgekommen:

1. Der alte Kommunismus und dessen Ablösung durch privatwirtschaftliche Produktion (Wildheit, Barbarei, Zivillisation — Familien- und Gesellschaftsformen — Mütter- und Vaterrecht — Der Staat).
2. Die Entwicklung des unbeweglichen Privatigentums und der darauf beruhenden Produktionsformen (Sklaverei — Leibeigenschaft und Hörigkeit — Der Feudalismus).
3. Das Wandern von seinen Formen bis zum Aufkommen des Geldes als Zahlungsmittel (Gehaltszahl, Ware, Wert, Maßstab, Kapital — Austauschweise — Handel — Der moderne Staat).
4. Die kapitalistische Produktion: a) Aogrodintrieb, b) Manufaktur, c) Maschinenzeitalter, d) Großindustrie, e) Monopolwirtschaft, (Arbeitskraft, Arbeitszeit und Arbeitslohn — Frauen- und Kinderarbeit — Untergang des Kleinbetriebes — Vereinerungs- und Kräfteheorie).
5. Die sozialistische Produktion.

Die Schüler mußten stets vom Abend zu Abend über das, was in den Stunden verhandelt wurde, schriftliche Aufsätze machen, die dann wieder vom Lehrer durchgesehen, und wenn nötig, korrigiert wurden. Zugleich erhielten die Schüler Beisätze, nach denen sie ihre Aufgaben vollführen können. Das ist der Lehrer, Genosse Müller, es vorzüglich verstand, das schwierige Thema so zu behandeln, daß es zum Verständnis des Lernenden kam, hat der Kursus gute Früchte gezeitigt. Wir sagen den Genossen Mühlle wie am Abschiedsabend, so auch heute, den besten Dank für seine Tätigkeiten.

Andere Schüler haben aber noch nicht ausgereicht. Sie müssen nun fleißig lesen, um sich erst recht für eine spätere erprobliche Vertiefung auszubilden. Sie haben im Kursus gelernt, das Material methodisch zu behandeln und sie müssen sich nun durch Lesen des betreffenden Stoffes fasselt machen. Genosse Mühlle hat ihnen vorgeschlagen, die nachfolgenden Bücher der Reihe nach zu lesen. Damit nun die Anschaffung der

Bücher den Genossen nicht zu schwer fällt, werden dieselben zum Einkaufspreis abgegeben. Ferner sollen in der Bibliothek des Vereins die teuren Bücher gefällig werden (wie das zum Teil schon der Fall ist) und die Genossen mögen sie von dort gelegentlich entnehmen. Diejenigen aber, die nun Bücher und Vorklärer sich selbst anschaffen wollen, sollen dem Genossen Lepohl sofort angeben, welche Bücher sie haben wollen. Damit dieselben dann geneigt werden können. Es folgen: Gr. u. l. Die merkwürdige Geschichte der Sozialdemokratie 18 Pf. Diegen, Die Religion der Sozialdemokratie 18 Pf. D. e. n. f. i. e. n. Die verschiedenen Formen der Wirtschaftslernen 14 Pf. Engels: Der Ursprung der Familie, des Staates und des Privatigentums 1.15 M. Kampmeier: Geschichte der modernen Gesellschaften 1.15 M. Ingram: Geschichte der Sklaverei und der Hörigkeit 75 Pf. A. i. o. s. Bauer: Krieg 3. — M. P. o. f. e. n. o. v. a. s. Wirtschaftskräfte 10.25 M. Kampmeier: Straßensache durch die Theorie und Praxis der Arbeitsteilung 0.80 Pf. Marx: Lohnarbeit und Kapital 18 Pf. S. a. u. k. a. h. n. i. t. Marx: ökonomische Lehren 1.50 M. Die soziale Revolution und sein Tage nach der sozialen Revolution 48 Pf. Die Werte der Sozialdemokratie. Der wirtschaftliche Materialismus. Mehring, Lesingende, 1. Auflage vergriffen, aber in unserer Bibliothek vorrätig, ebenso ist in der Bibliothek Marx: Das Kapital. Die Genossen mögen nun sofort — spätestens aber bis Freitag — angeben, welche Bücher sie für sich selbst haben wollen, damit wir bestellen können. Und dann vorwärts: Lesen und weiter bilden. Der Zentralvorstand.

### Auch ein Grund!

Für ungültig erklären gestern Abend in Leuchern die Stadtverordneten mit allen zehn Stimmen gegen die Stimme unversierter Parteigenossen Remme die Mandate unserer neugewählten Genossen Tränker und Friede. Der Bürgermeister beantragte die Ungültigkeit, weil in einer sozialdemokratischen Wahlervermittlung ein Rechner erklärt habe, die Geschäftsleute, welche gegen die sozialdemokratischen Kandidaten stimmten, sollten bestraft werden. Das sei eine unzulässige Wahlbeeinträchtigung und mache die Mandate ungültig.

Im Anknüpfen neuer Gesandtschaften gegen die Arbeiter sind die Herren unerschrocken. Aber die geringe Entscheidung hat die Folge, daß es in langwierigen Verwaltungsausschüssen der Beschluß von Stößen werden muß. Um die Situation sich klar zu machen, genügt eine Frage: Wenn nicht die beiden Sozialdemokraten sondern ihre bürgerlichen Gegner gewählt worden wären, und von sozialdemokratischer Seite wäre Protest eingelegt worden auf Grund der Tatsache, daß in einer bürgerlichen Wahlervermittlung ein Rechner gesagt habe, die Unternehmern sollten sich darum kümmern, wie ihre Arbeiter gewählt werden, würden da die zehn Stadtverordneten die beiden bürgerlichen Mandate gleichfalls für ungültig erklärt haben?

### An die falsche Adresse!

Den deutschen Turnern geht es schlecht! Überall wird ihnen von den Arbeiterturnern das Wasser abgegraben. In der Öffentlichkeit gibt man ja den Mitgliederstand noch nicht zu, aber in den Zirkularen, die die Vereine unter sich versenden, da schüttet man das hammervolle Herz aus. Nun ist aber bekanntlich irren menschlich und so kommt es, daß mitunter auch ein Arbeiterturner in solche recht trübseligen Rundschreiben ausgefaßt erhält. So ging a. B. dem Arbeiterturnverein in D. h. e. i. s. folgendes Schriftstück zu:

Turnverein „Dahn“, Triebes, Neuh. 2. Deutsche Turnerschaft. XIII. Kreis, Ostbairinger Gau. Triebes (Kreis), im November 1907.

### Werte Turnerbübel!

Der höchste Wunsch wohl eines jeden Turnvereins ist es, eine Turnhalle eigen nennen zu können. Auch wir streben schon lange danach, dieses höchst gewünschte Ziel zu erreichen, aber leider waren immer die vorhandenen Mittel noch zu gering, den Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen.

Nach Lage unserer örtlichen Verhältnisse ist es jedoch nicht lediglich der Wunsch, eine „eigene Turnhalle“ zu besitzen, sondern der Wunsch, ein solches wird bei uns zu einer unbedingten Notwendigkeit, da wir unter der starken Konkurrenz unseres Gen. vereiner zum Arbeiterturnbund außerordentlich zu leiden haben, wodurch das Bestehen unseres Vereins sehr gefährdet ist, zumal der gesamte Verein auszeit gegen 250 Mitglieder zählt und bei der gegenwärtigen Lage ein härteres Anwachsen dieses Vereins unabweislich zu erwarten ist. Deshalb, vertrauensvoll auf den Gemeininn der Deutschen Turnerschaft, richten wir an Euch, liebe Turnerbübel, die höchste und herzlichste Bitte:

Helft uns eine deutsche Turnhalle errichten und der Deutschen Turnerschaft einen Verein erhalten, wie auch wir jederzeit gern bereit werden, derartige an uns gerichtete Bitten zu erfüllen. Wir erlauben uns, Euch anbei zehn Bild Turnhallenbauweise Nr. 8231—90 zu überreichen, und hoffen bestimmt daß Ihr uns solche von dem Mindestpreise von 20 Pf. für den Stein abnehmen werdet.

Folgt noch der beste Dank im voraus und andere unwichtige Sachen. Unterzeichnet ist das Schreiben vom Turnhallenbau-Ausschuss, d. h. u. a. ein Bürgermeister, Pfarrer, mehrere Lehrer u. a. d. m.

Das größere Vereinigungen zum Bau eigener Häuser e. auf diese Art Mittel, jedoch, ist nicht zu bezweifeln. Das ist ein großes Recht einer Vereinigung. Was aber am obigen Schreiben bemerkenswert ist, ist erstens, daß es einen Arbeiterturnverein zuzuging und ferner, daß es Mittelungen enthält, die für gewöhnlich von den „Dahren“ der Deutschen Turnerschaft werden. Der Dahreiner Verein ist bereits im April d. J. um Arbeiterturnbund übergetreten! Das scheint man in den Kreisen der Deutschen noch nicht zu wissen. Oder sieht man den Verein vielleicht noch in den Listen, um mit einer möglich hohen Mitgliederzahl prunten zu können? Das Bestehen des Vereins von n. Triebes ist durch das Anwachsen des Arbeiterturnvereins gefährdet! Und dieses Wachstum dauert an! Er bessere Anrechnung kann der regen Agitation des Arbeiterturnbundes nicht jezt gerollt werden! Wie es in Triebes ausfällt, so sieht es auch in vielen anderen Städten aus. Wir hatten ja im letzten Jahre in unserem Vertriebsbezirk eine ganze Anzahl Vereine zu verzeichnen, die sich von der Deutschen Turnerschaft abwandten. Die nationale Frage verhängt nicht!

Wenn auch die Arbeit des Arbeiterturnbundes schon eine erfolgreiche war, so hat er doch alle Ursache, sich zu freuen, daß er die besten Genossen hat, die den deutschen Vereinen angehören. Diesen muß die Aufmerksamkeit gegeben werden. Mag man dann die Deutschen „Bauverein“ zu unterstützen suchen, sie werden keinen guten Bau mehr errichten können. Der Turnbund ist ins Wanken gekommen, fest wird er nicht wieder werden!

Reiz, 16. Dezember. (E. B.) Sozialdemokratischer Verein. Geste, Dienstag, Abend ist Verammlung beim Genossen Kampfe. Da die Tagesordnung reichhaltig und wichtig ist, sollte kein Mitglied fehlen.

Reiz, 16. Dezember. (E. B.) Solgarbeiter-Vereinigung. Die Solgarbeiter machen wir nochmals auf die heute Abend in der Zentralfalle stattfindende Verammlung aufmerksam. Bitte in dieser wichtigen Verammlung sein Kollege und Kollege sein.

Reiz, 16. Dezember. Ermordet aufgefunden wurde im Wache nach Bräuntau auf die neunzehnte Tochter des Kaufmanns von Rittergut Frankenau. Dem Mörder wurde die Schuld befohlen. Es soll ein Mordakt vorliegen.

Reiz, 16. Dezember. (E. B.) Dumme gefucht! In Meiningen werden Dumme gefucht und gefunden. Leider ist die Zahl derer, die nicht alle werden, noch eine sehr hohe. Einer Frau Kritik ist es gegeben, „sicher“ die Zukunft vorauszufragen. Mit Karteisfragen ruft sie die Leute und das Geschick scheint großartig zu gehen. Die Frau ist die Gattin eines Parteigenossen, der nebenbei auch im Aufsichtsbüro des Konsumvereins ist. Der Mann scheint nicht insdande zu sein, Einfluß auf seine Frau auszuüben. Wir warnen deshalb alle Arbeiter, sich an die „Weisagern“ zu wenden. Sie spekulieren ja doch nur auf die Dummheit der sie Beschenden.

Reiz, 16. Dezember. (E. B.) Die Zeitungs-Kommission für Pörsdorf, Salletau und Pörsdorf besteht aus den Genossen Peter, Schmidt und Brandendorf. Alle Beschwerden von Pörsdorf sind an den Obmann, Gen. C. Peter, Pörsdorf, Kammerstraße 3, folde von den anderen Orten an den Gen. W. Schmidt, Salletau, zu richten. Die Disziplinierung.

Reiz, 16. Dezember. Eine für gestern nach hier eintreffende Volkserhebung war trotz der badenlofen Wege, die große Anforderungen an die aus den Nachbarorten herbeieilenden Veranlassungsbesucher stellte, gut besucht. An zweifelhafte Ausführung beirrat Gen. Fröhlich-Galle die gegenwärtige politische Lage, wobei er das Verhalten der Sozialdemokraten, die Arbeiten des Reichstags und die Vorlage des neuen Reichsgesetzes einer berechtigten Kritik unterzogen. Eine Diskussion fand nicht statt. Schließlich fanden einige Neuanfassungen in die sozialdemokratische Organisation statt.

Der Streik auf den Harzer Werken in Sangerhausen, Borge und Planenburg ist nach bürgerlichen Blättermeldungen beendet. Hierzu wird uns noch mitgeteilt, daß obige Meldung unzutreffend ist. Verhandlungen sind im Gange, jedoch ist noch kein Abschluß erzielt worden!

Reiz, 16. Dezember. Ein sehr seltsamer Zufall! Beim Transport eines Sittentzen zur Polizeiwache unternahm derselbe einen Fluchtversuch. Der Polizeikommissar Fischer eilte dem Flüchtling nach, kam jedoch zu spät. Beim Sturze entließ sich der Wronningereolover, den der Beamte in der Tasche trug. Die Angel verlegte ihn am rechten Oberarm, auch erlitt er Verbrennungen. Die Waffe soll gefehert gewesen sein, beim Sturze soll die Spitze des Schlagbogens getroffen worden sein. Selbstam, dieser „Zufall“!

Reiz, 16. Dezember. Ein „schwerer“ Diebstahl ist in der Sozialdemokratie in Pörsdorf der Sieberer der Zeige Paraffin- und Solarölfabrik ausgeführt worden. Diebstahl unermittelte Diebe schleppen den sieben Zentner schweren Raffinieröl ins Freie und erbrachen ihn. Eine 500 M. waren ihre Beute. Die Raffinieröl liegen sie hübsig liegen.

Stenburg, 16. Dezember. Eine äußerst wichtige Staatsangelegenheit, die ohne Zweifel das allergrößte Interesse aller Staatsbürger Deutschlands und der umliegenden Dörfer erregt hat, ist jetzt endlich zur Entscheidung gelangt. Es muß doch ein gar wichtiges Ding gewesen sein, welches am letzten Freitag in einer Verammlung sämtlicher hiesigen Behörden verhandelt wurde. In Ehrlichkeit ererbten teilen wir es mit: Es handelt sich um — Hörer, kommt und faltet nicht vom Stuhle — das Ausbringen des Kaiserhofs bei der Kaiser-geburtsfeier! Diese angebliche Angelegenheit Staatskanzlei anstandslos gemäß alle öffentliche Interesse. Was bedeutet dagegen die letzten Vorgänge im Reichstag, was die Vorkommnisse der inneren und äußeren Politik! Alles Vapall! Der Kaiserhof ist die Hauptidee, wehe wenn er fehlt. Das ganze Staatsgebäude bricht dann zusammen. Glücklicherweise ist dem vorgebeugt worden, die Stenburger können ruhig schlafen. Die Vertreter der Behörden haben auf Jahre hinaus die Redezeit aufgestellt. Wie Vaterland magst ruhig sein, es gibt noch reglementmäßige Kaiserfeste!

Torgau, 16. Dezember. Ein reingefallener Sittlichkeitsfanatiker. Im Oktober veranlaßte der hiesige Photograph Klauke in Dennewitz (Jüterbog) eine öffentliche cinematographische Vorstellung. Unter den Bildern befanden sich auch folgende vier: Hochzeitsreise, Militärisches Bild, Am Telefon und Badende Mädchen. Diese vier Bilder hatten es dem Ortspfarrer angefallen. Er hielt sie für unwürdig und erstattete Anzeige. Die Bilder wurden am Sonntagabend im Sitzungssaale des Schöffengerichts vorgeführt, und das Gericht kam zur Überzeugung, daß sie nicht gegen § 184 verstoßen — Warum geht denn der Pfarrer zu solchen Vorstellungen, wenn kein Ernst dabeist? Ist nicht verbotlich? Mag er doch bei der Bibel bleiben, da ist genug nichts Unflätiges drin.

Langensalza, 16. Dezember. Paragraph 175. Die Grafen Hohenau und Lunar machen auch hier Schule. Der Sohn eines hiesigen Restaurateurs hat sich des Beregehens gegen § 175 an einem Jäger des hiesigen Regiments, und zwar wiederholt, schuldig gemacht. Gegen den Betroffenen hat man sofort Schritte unternommen, gehört er doch nicht hochadligen Streifen an!

## Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Nord im Hospital. Am Sonntag ist im Hospital der Stadt Berlin in Reinickendorf ein Nord verstorben. Der bereits im Grenelertor liegende Politische Alexander Pörsdorf erlitten seinen 63jährigen Gausgenossen Erdmann Lehmann, mit dem er seit langer Zeit verheiratet war, mit einem bohrerartigen Injekt. Die Tat scheint nicht in plötzlicher Aufwallung verübt worden zu sein. Pörsdorf besaß sich vielmehr mit dem Wundinstrument nach dem Zimmer lehnen des Todes, rannte ihm den Dolch in den Hals und entzerrte sich mit den Worten: „Der hat genug! Was mir bebrohtet, weiß ich ja!“ Das Instrument trat Lehmann so unglücklich das er nach kurzer Zeit starb. Der Mörder wurde verhaftet.

Berlin. Der politischen Auffassung verfiel am Sonntag eine öffentliche Verammlung der Berliner Anarchisten. Der Redner machte in seiner Rede das höchste Verbrechen der Welt gegen die Anarchisten Berlin. Die Kritik auf dem überwachenden Beamten Veranlassung, die Verammlung aufzulösen.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Seipoldt in Halle.